DIGITALES ARCHIV

ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
ZBW – Leibniz Information Centre for Economics

Hanck, Amelie

Book

Arm sein, wo andere Urlaub machen : eine Studie zur Armutsgefährdung in Mecklenburg-Vorpommern

Provided in Cooperation with:
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin und Brüssel

Reference: Hanck, Amelie (2022). Arm sein, wo andere Urlaub machen : eine Studie zur Armutsgefährdung in Mecklenburg-Vorpommern. Berlin : Rosa-Luxemburg-Stiftung. https://www.rosalux.de/fileadmin/images/Dossiers/Wohnen/Studien_2-22_Arm_sein_Web.pdf.

This Version is available at:
http://hdl.handle.net/11159/12734

Kontakt/Contact
ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft/Leibniz Information Centre for Economics
Düsternbrooker Weg 120
24105 Kiel (Germany)
E-Mail: *rights[at]zbw.eu*
https://www.zbw.eu/econis-archiv/

Standard-Nutzungsbedingungen:
Dieses Dokument darf zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Sofern für das Dokument eine Open-Content-Lizenz verwendet wurde, so gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

https://zbw.eu/econis-archiv/termsofuse

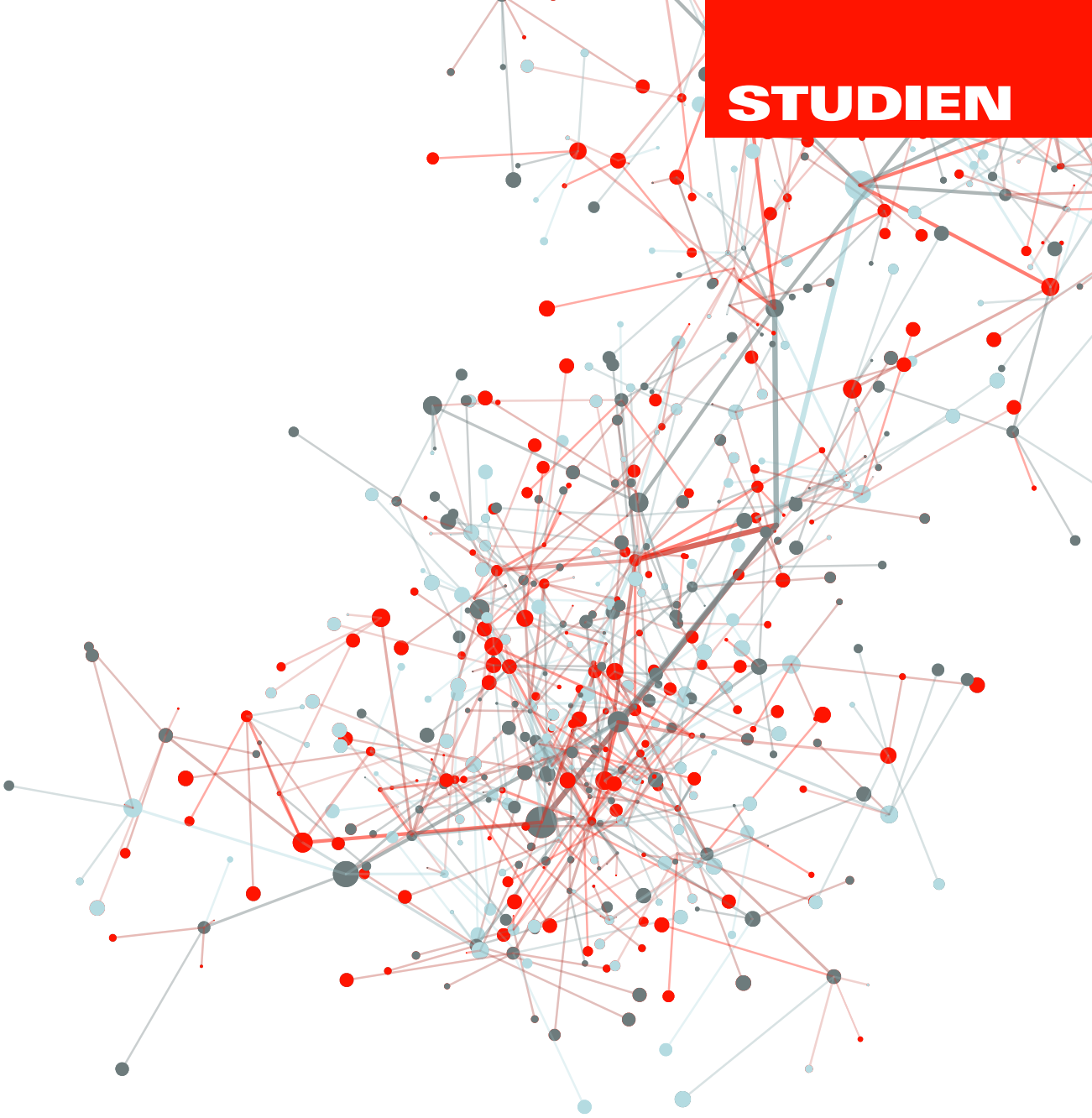
Terms of use:
This document may be saved and copied for your personal and scholarly purposes. You are not to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public. If the document is made available under a Creative Commons Licence you may exercise further usage rights as specified in the licence.

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

STUDIEN

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG



AMELIE HANCK

ARM SEIN, WO ANDERE URLAUB MACHEN

EINE STUDIE ZUR ARMUTSGEFÄHRDUNG IN MECKLENBURG-VORPOMMERN

AMELIE HANCK

ARM SEIN, WO ANDERE URLAUB MACHEN

EINE STUDIE ZUR ARMUTSGEFÄHRDUNG IN MECKLENBURG-VORPOMMERN

Studie im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung

AMELIE HANCK, Soziologin (B. A.), absolviert ein Masterstudium der Soziologie an der Universität Rostock. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind soziale Ungleichheit in Mecklenburg-Vorpommern und Geschlechterungleichheiten.

ANDRÉ KNABE ist Gründungs- und Vorstandsmitglied des Rostocker Instituts für Sozialforschung und gesellschaftliche Praxis e. V. (ROSIS). Er beforscht sozialräumliche Ungleichheiten aus der Perspektive der soziologischen Netzwerkforschung.

ALEXANDER MASCHKE promoviert an der Universität Rostock mit dem Schwerpunkt Gewerkschaftssoziologie. Dazu untersucht er die Konstituierung industriegewerkschaftlicher Subjekte im industriearmen Mecklenburg-Vorpommern.

IMPRESSUM
STUDIEN 2/2022
herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kooperation mit
der Rosa-Luxemburg-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern
V. i. S. d. P.: Albert Scharenberg
Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 2194-2242 · Redaktionsschluss: März 2022
Illustration Titelseite: Frank Ramspott/iStockphoto
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

INHALT

Executive Summary 5

Vorwort 6

1 Einleitung 8

2 Was bedeutet Armut? 9
2.1 Ressourcenansatz 9
2.2 Lebenslagenansatz – Mangel an Chancen und Teilhabe 9

3 Leben in Mecklenburg-Vorpommern – ein Armutsfaktor? 11
3.1 Geografische Lage 11
3.2 Bevölkerungsstruktur und demografische Entwicklung 11
3.3 Wirtschaft, Arbeit, Arbeitslosigkeit 13

4 Die räumliche Dimension von Armut 15
4.1 Armut in der Stadt 16
4.1.1 Entwicklung der Städte in der DDR 16
4.1.2 «Armenviertel» in Rostock? 17
4.1.3 Wie wirkt sich eine steigende Segregation auf die Stadtbewohner*innen aus? 18
4.2 Armut im ländlichen Raum 18
4.2.1 Abgehängt in der Provinz 19
4.2.2 Eingeschränkte Mobilität als Armutsdimension 20

5 Fazit und Handlungsoptionen 23

Literatur 24

EXECUTIVE SUMMARY

Die vorliegende Studie fragt danach, welche Formen von Armut in Mecklenburg-Vorpommern auftreten, wer von ihnen betroffen ist und wie man sie bekämpfen kann.

Eingangs wird zunächst erläutert, was Armut bedeutet und wie sie gemessen werden kann. Im Anschluss befasst sich die Studie mit den spezifischen Merkmalen des Bundeslands. Mecklenburg-Vorpommern ist mit seinen 1,6 Millionen Einwohner*innen heute das am dünnsten besiedelte Bundesland, seine Bevölkerung vergleichsweise alt. Der Strukturwandel führte dazu, dass viele junge, gut ausgebildete Menschen mit der Aussicht auf bessere Berufschancen abwanderten. Dadurch schwand das wirtschaftliche Entwicklungspotenzial des Landes. Heute hat Mecklenburg-Vorpommern bundesweit die niedrigsten Bruttolöhne, und annähernd jede*r Fünfte ist von Armut bedroht – nach Bremen und Sachsen-Anhalt ist dies bundesweit die höchste Quote.

Die Studie diskutiert die räumliche Dimension von Armut anhand der Unterscheidung von städtischen und ländlichen Räumen. Die ländlichen Räume gelten als strukturschwach und damit in der Armutsforschung als Sorgenkinder. Doch auch Plattenbausiedlungen sind Orte, an denen Armut häufiger auftritt.

Am Beispiel von Rostock wird deutlich, entlang welcher Parameter die Errichtung von Großwohnsiedlungen wie Lütten-Klein, Evershagen oder Lichtenhagen in der DDR erfolgte. Infolge der deutschen Vereinigung kam es gerade in den ehemals betriebsnahen Großwohnsiedlungen zu Massenarbeitslosigkeit. So wandelten sich die ehemals begehrten modernen Wohnungen in den Neubaublocks in wenigen Jahren zu Orten des sozialen Abstiegs. Zudem kamen in den 1990er-Jahren vermehrt Suburbanisierungstendenzen auf; fortziehen konnten aber nur die Bessergestellten. Als dritter Faktor sorgte die stark auf Privatisierung setzende Sanierungspolitik Rostocks für Investitionen in die Altbauten der Innenstadt, wodurch die Mieten stark anstiegen und die soziale Segregation sich verstärkte.

In einem Rückblick auf die wirtschaftliche Entwicklung in den ländlichen Räumen Mecklenburg-Vorpommerns zeigt die Studie, wie sich die tiefgreifende Transformation der landwirtschaftlichen Produktion nach der deutschen Vereinigung auf die Bevölkerung auswirkte. Heute sind bereits 34 Prozent der Agrarflächen des Landes Eigentum überregional agierender Finanzmarktakteure. Diese haben kaum Kenntnis von den strukturellen Bedingungen vor Ort und handeln entsprechend losgelöst von der Region (beispielsweise in Bezug auf Ausbildungsplätze). Heute können junge Menschen oft nicht in den ländlichen Regionen gehalten werden, weil die Möglichkeiten der Ausbildungs- und Berufsfindung stark eingeschränkt sind. Dadurch bleiben vermehrt Menschen «zurück», die aufgrund geringer Bildung, ihres Alters, lokal gebundener Verpflichtungen oder eines geringen Einkommens in ihrer Mobilität eingeschränkt sind.

Mittlerweile hat der Tourismus einen wichtigen Platz im wirtschaftlichen Gefüge Mecklenburg-Vorpommerns eingenommen. Doch in der Tourismusbranche sind unsichere und prekäre Beschäftigungsverhältnisse überproportional vertreten; deshalb ist die «verdeckte Armut» hier besonders groß.

Eingeschränkte Mobilität wird als spezifische Armutsdimension des ländlichen Raums begriffen. Anhand der Bereiche Gesundheit und Bildung erläutert die Studie, welche verheerenden Auswirkungen dies haben kann. Mit Blick auf eingeschränkte Bildungschancen wird der Mangel an Schulen in den ländlichen Räumen oft als Wegzugsfaktor gesehen. Zudem sorgte das Fehlen attraktiver Ausbildungsplätze für die Abwanderung von Nachwuchskräften. Darüber hinaus werden Jugendclubs geschlossen und es gibt nur wenige Freizeitangebote – diese Faktoren wirken sich ebenfalls auf die Lebenschancen aus.

Abschließend formuliert die Studie Handlungsempfehlungen für die Bekämpfung von Armut und Ungleichheit in Mecklenburg-Vorpommern. In ländlichen Räumen besteht ein großes Teilhabehindernis in der mangelnden Mobilität und Erreichbarkeit von Einrichtungen der Daseinsfürsorge. Eine verbesserte Infrastruktur – besser getaktete Verkehrsanbindungen, aber auch alternative Transportarten – könnte Abhilfe schaffen. Der Ausbau eines flächendeckenden Internets könnte vielen Menschen auch im medizinischen Bereich (etwa durch Online-Videosprechstunden) dienlich sein. Um auch im ländlichen Raum eine gute Versorgung zu gewährleisten, sollte die räumliche Verteilung von Dienstleistungen, Behörden und Schulen nicht allein von der Bevölkerungszahl abhängen. Darüber hinaus müssen Anreize geschaffen werden, damit junge Menschen und Fachkräfte diese Regionen nicht verlassen. Dazu gehört – neben attraktiven Arbeitsplätzen und entsprechender Vergütung – der Ausbau von Kultur- und Freizeitangeboten sowie Treffpunkten für Jung und Alt.

In den städtischen Räumen müssen sozialräumliche Trennungen überbrückt werden – durch Angebote, bei denen Menschen aus unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen sich begegnen können. Langfristig müsste ein sozialer Wohnungsbau dafür sorgen, die Segregation in der Stadt zu verringern.

Ein großer Beitrag zur Verringerung der Armutsrisiken könnte durch die Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum geleistet werden. Gerade die Branche der erneuerbaren Energien birgt hier großes Entwicklungspotenzial. Es kommt jedoch entscheidend darauf an, sichere und angemessen bezahlte Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen, anstatt den Niedriglohnsektor weiter auszubauen. Nur so können die vielfältigen Armutsrisiken, mit denen die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern konfrontiert sind, reduziert werden.

VORWORT

Stellen Sie sich vor, Sie verlieren Ihren Job – was würden Sie tun? Wohin würden Sie gehen und wen um Rat fragen? Wer könnte Ihnen eine neue Stelle vermitteln? Welche Betriebe gibt es in Ihrem näheren Umfeld? Ist da jemand, der Sie emotional auffängt? Gibt es zu Ihrer Lage passende Beratungs- und Weiterbildungsangebote in Ihrer Nähe? Wie lange werden Sie arbeitslos bleiben? Und wird die Erwerbsarbeit, die Sie finden, für ein Leben ohne Armut ausreichen? Wie stark wird sich die Arbeitslosigkeit oder die Armut trotz Arbeit auf Ihre Stimmung auswirken? Sind Sie zuversichtlich? Wenn ja, warum?

Die Antworten auf diese Fragen hängen nicht nur von Ihnen selbst ab. Sie können noch so motiviert sein, noch so gut qualifiziert, noch so offen für Neues – wenn Sie dies vor Ort nicht umsetzen können, nützt Ihnen das nichts. Dann bleiben Ihnen drei Möglichkeiten. So könnten Sie *erstens* wie so viele seit 1990 das Bundesland auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen verlassen. Sie könnten *zweitens* aber auch durch zivilgesellschaftliches Engagement im Bündnis mit anderen für eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen vor Ort streiten. Sind sie aber räumlich gebunden, und das an einen der vielen Orte, an denen sich zivilgesellschaftliche Organisationen erst im Aufbau befinden, bleibt Ihnen zunächst nur das Runterschrauben Ihrer Ansprüche. Wie dies auch immer in Ihrem konkreten Fall ausfallen mag: Bei der Bewältigung von Arbeitslosigkeit und Armut kommt es nicht nur auf Sie selbst an, sondern auch darauf, wo und warum Sie arbeitslos oder von Armut betroffen sind.

Die vorliegende Studie erörtert die Frage nach der Bedeutung sozialräumlicher Bedingungen für das Armutsrisiko und die Bewältigungschancen der davon Betroffenen mit Blick auf das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern. In den letzten Jahrzehnten waren hier die bundesweit niedrigsten Einkommen und Vermögen sowie eine gewaltige Veränderung der Bevölkerungsstruktur zu beobachten. Im Zuge der Transformationen nach 1989/90 haben sich die Lebensverhältnisse in Mecklenburg-Vorpommern stark verändert. Doch wäre es falsch, von einer homogenen Situation auszugehen, die das ganze Bundesland gleichermaßen trifft. Prosperierende Städte wie Rostock stehen vor anderen Herausforderungen als Städte wie Wismar oder Neubrandenburg, die von ihrer Nähe zu Berlin und Hamburg profitieren, oder solche Orte wie Anklam und Wolgast, in denen die Nähe zum polnischen Szczecin eine immer größere Rolle spielt. Auch die ländlichen Räume sind sehr heterogen: Es gibt Regionen und Orte ohne Anbindung an den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), ohne Breitbandanschluss und ohne freiwillige Feuerwehr, Sport- oder Dorfverein. Es gibt aber auch ganz andere Gegenden – Pendlerregionen, in die zunehmend gut abgesicherte Mittelschichtsfamilien ziehen, und ehemals als abgelegen geltende Orte, die in Zeiten von Digitalisierung, Homeoffice, Wohnraummangel in den Zentren und der oft stark romantischen Sehnsucht nach einer neuen Ländlichkeit wieder an Attraktivität gewinnen. Dazu kommen die für den Massentourismus erschlossenen Küstenregionen, in denen die öffentliche Infrastruktur erhalten oder ausgebaut worden ist, um die Attraktivität für Urlauber*innen zu erhöhen.

Diese Heterogenität der Lebensverhältnisse wird in den meisten Analysen zu wenig beachtet. Will man aber im Sinne der gesetzlich verankerten Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse die Bedingungen für die Menschen vor Ort verbessern, kommt man nicht umhin, diese erst einmal in ihrer Unterschiedlichkeit zu würdigen und zu analysieren. Beflügelt von der Idee einer an der Reflexion und Verbesserung der gesellschaftlichen Verhältnisse interessierten Sozialwissenschaft, schaut Amelie Hanck im Rahmen ihrer Studie bewusst einmal nicht (nur) dorthin, wo es gut läuft, wo Leuchttürme entstehen und Vorhaben gelingen. Sie sucht nach strukturellen Ursachen dafür, dass Prekarität, Armut und das Fehlen von Handlungsmöglichkeiten in einigen Regionen häufiger vorkommen als in anderen. Dieser räumlich differenzierende Blick dient nicht dazu, Regionen zu stigmatisieren und einzelne Orte abzuwerten. Er soll helfen, Mittel und Wege zur Verringerung von Armut und Ungleichheit unter Berücksichtigung struktureller Gegebenheiten zu finden.

Amelie Hanck hat eine sehr umfangreiche Bestandsaufnahme der wissenschaftlichen Literatur zum Thema «Armut in Mecklenburg-Vorpommern» seit 1989/90 unternommen. Dabei fällt auf, dass die zusammengetragenen Befunde oft sehr kleinteilig sind und bisher keine Beobachtungen im Längsschnitt vorliegen. Die Leistung der Autorin besteht darin, diese vielen kleinen Puzzlestücke zu einem räumlich differenzierten Gesamtbild zusammengesetzt zu haben.

Dieses Bild bleibt dennoch lückenhaft, was daran liegt, dass für Mecklenburg-Vorpommern bislang keine systematische Sozialberichterstattung oder sozialwissenschaftliche und volkswirtschaftliche Untersuchung vorliegt. So lassen sich zwar viele kleine Einzelbeobachtungen zusammentragen, doch die darunterliegenden Mechanismen bleiben weiter im Verborgenen. Diese Art der mehr oder weniger zufälligen Beforschung der Lebensverhältnisse in Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen von Modellprojekten, Lehrforschungsseminaren oder zeitlich begrenzten Einzelstudien macht es schwer, politisch nachhaltige Strategien der Armutsbekämpfung zu entwickeln und in ihrer Wirksamkeit zu evaluieren. Nachhaltige Wirtschafts- und Sozialpolitik braucht eine zuverlässige Datenbasis, die die Verhältnisse im Land abbildet und die Wirksamkeit politischen Handelns im Längsschnitt evaluiert. Eine solche Sozialberichterstattung sollte folgende Fragen behandeln:

(1) Welche typischen Lebenslagen (Einkommen/Vermögen, Bildung, Alter, Familienform etc.) existieren in Mecklenburg-Vorpommern und wie sind sie räumlich verteilt?

(2) Welche materiellen, kulturellen, sozialen und institutionellen Ressourcen benötigen die Menschen in diesen Lebenslagen zur Erreichung persönlicher und kollektiver Lebensziele?

(3) Wie sind diese Ressourcen verteilt und welchen Einfluss kann eine an der Verringerung von Armut und sozialer Ungleichheit interessierte Politik darauf nehmen?

Um diesen Fragestellungen auch auf strukturelle Ebene nachgehen zu können, müssen auch die Verhältnisse dargelegt werden, unter denen die Bürger*innen Zugang zu Ressourcen haben und ihr Leben gestalten können. Zu diesem Zweck sind die rar gesäten Studien über Entwicklungspotenziale einzelner Wirtschaftsbranchen unzureichend, da sie die soziale Gebundenheit des ökonomischen Potenzials ausblenden und sich ausschließlich auf makro- und mikroökonomische Parameter stützen. Als Basis braucht es ein regelmäßiges Monitoring der einzelnen Branchen, das folgende Fragestellungen fokussiert:

(4) Wie gestalten sich die Eigentumsverhältnisse in den Branchen und wie haben sie sich seit 1990 verändert?

(5) Welchen Zweck verfolgt die Wertschöpfung im Land? Verbleiben die Werte im Bundesland oder werden sie überregional oder international abgeschöpft? Wie ist das Verhältnis von Subventionen zum Verbleib der Wertschöpfung im Bundesland?

(6) Wie fügen sich die einzelnen Branchen in die Lebensverhältnisse in Mecklenburg-Vorpommern ein? Wie gestalten sich die Interaktionen der Stakeholder mit ihrer Umwelt? In welchem Verhältnis stehen die Branchen zueinander? Ist die Förderung einzelner Branchen förderlich oder abträglich für die übrigen Entwicklungsziele des Bundeslandes?

Letztlich wäre auch jenseits der sozioökonomischen Forschung eine Überarbeitung des Mecklenburg-Vorpommern-Monitors zwingend erforderlich, um analog zum Thüringen-Monitor einen Überblick über Einstellungen und Orientierungen der Bevölkerung zu gewinnen – das wäre gerade in Zeiten zunehmenden Rechtsradikalismus und Verschwörungsglaubens besonders wichtig.

In diesem Sinne wünschen wir uns, dass die Studie von Amelie Hanck einige Denkanstöße dazu liefert, welche Probleme Armut und soziale Ungleichheit mit sich bringen – und dass man nur systematisch gegen sie ankämpfen kann.

André Knabe und Alexander Maschke

1 EINLEITUNG

Die vorliegende Studie fragt danach, welche Formen von Armut in Mecklenburg-Vorpommern (MV) zu finden sind, wer von ihnen betroffen ist und wo welche Formen von Armut besonders häufig auftreten. Dafür werden verschiedene Perspektiven eingenommen: Die räumliche Dimension kann aus einer raumplanerischen Perspektive betrachtet werden, die Räume anhand verschiedener geografischer, wirtschaftlicher und bevölkerungswissenschaftlicher Kriterien einteilt. So gelten zum Beispiel viele ländliche Räume aufgrund fehlender Arbeitsplätze oder Verkehrsanbindungen als strukturschwach und damit in der Armutsforschung als Sorgenkinder. Doch auch bevölkerungsreiche Städte und insbesondere ihre Plattenbausiedlungen gelten als Orte, an denen Armut häufiger auftritt (Helbig/Jähnen 2018: 87).

Darüber hinaus wird analysiert, welche Funktionen und Bedeutungen diese unterschiedlich strukturierten Räume für ihre Bewohner*innen haben und wie sie sich auf deren Handlungsmöglichkeiten und Teilhabechancen auswirken.

Diese Fragestellungen werden auf Basis einer systematischen Literaturstudie bearbeitet, die sich in drei Teilbereiche untergliedert. Zunächst wird erläutert, was Armut bedeutet und wie sie gemessen werden kann (Kapitel 2). Dabei liegt der Fokus auf den beiden meistverwendeten Konzepten: Der Ressourcenansatz definiert Armut als einen Mangel an finanziellen Mitteln – damit ist in der Regel die Unterschreitung einer vergleichsweise niedrigen Einkommensgrenze gemeint. Zudem wird der Lebenslagenansatz nach Amartya Sen (1980, 1985) vorgestellt, der neben dem Einkommen weitere Dimensionen wie Bildung, politische Teilhabe und die Einbindung in soziale Beziehungsnetzwerke erfasst.

Kapitel 3 beschäftigt sich mit den Merkmalen des Bundeslands Mecklenburg-Vorpommern. Dabei liegt der Fokus auf den geografischen Besonderheiten, der Bevölkerungsentwicklung und den wirtschaftlichen Strukturen. Dieses Kapitel dient als Grundlage dafür, die räumlichen Armutsdimensionen genauer untersuchen zu können.

In Kapitel 4 wird die räumliche Dimension in erster Linie anhand der Unterscheidung von städtischen und ländlichen Räumen Mecklenburg-Vorpommerns betrachtet. Aufbauend auf dieser groben Unterteilung sollen dann auch Differenzen *innerhalb* und *zwischen* ländlichen und städtischen Räumen untersucht werden.

Kapitel 5 fasst die gewonnenen Erkenntnisse zusammen und endet mit Handlungsempfehlungen.

2 WAS BEDEUTET ARMUT?

Der Begriff Armut umfasst verschiedene inhaltliche Aspekte und Ausrichtungen und es gibt unterschiedliche Definitionen von Armut, die bestimmen, welche Personen(-gruppen) als arm angesehen werden. Von absoluter Armut sind Menschen betroffen, deren physische Existenz unmittelbar bedroht ist. Damit einher gehen Hunger, Obdachlosigkeit und fehlende Möglichkeiten zur grundlegenden Körperhygiene. Relative Armut bedeutet Armut in Relation zum Medianlohn der Bevölkerung, der die Person zugeordnet wird. Ob eine Person als arm beschrieben wird, hängt in diesem Fall davon ab, wie wohlhabend die Gesellschaft um sie herum ist. Bei der Definition von Armut geht es ebenso um die Frage, ob Menschen mehr als das sozio-kulturelle Existenzminimum zur Verfügung steht, das ihnen eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht (Hradil 2005: 244). Auch hier zeigen sich Unterschiede in Hinblick auf die Definition des sozio-kulturellen Existenzminimums und dazu, wann dieses erreicht ist (ebd.). Daher ist es wichtig, Armut klar zu konzeptualisieren. Nachfolgend sollen daher die beiden meistverwendeten Konzepte der Armutsmessung – der Ressourcen- und der Lebenslagenansatz – genauer beschrieben werden (für eine weiterführende Diskussion unterschiedlicher Armutskonzepte vgl. Knabe 2022).

2.1 RESSOURCENANSATZ

Um Armut zu messen, wird am häufigsten das Haushaltseinkommen einer oder mehrerer Person(en) herangezogen und ins Verhältnis zur Einkommensverteilung der Bevölkerung gesetzt (Beste 2017: 28). Haushalte, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens einer Gesellschaft beträgt, gelten (je nach Sprachregelung) als von relativer Einkommensarmut *bedroht, gefährdet* oder *betroffen.* Damit das Einkommen verschieden großer Haushalte vergleichbar wird, berechnet man ein Äquivalenzeinkommen, das neben der Anzahl der Personen auch Einspareffekte durch die gemeinsame Anschaffung und Nutzung von Geräten, Mobiliar und Lebensmitteln berücksichtigt (z. B. wird pro Haushalt nur eine Waschmaschine benötigt). Auch das Alter der Haushaltsmitglieder wird herangezogen, da Kinder weniger Ressourcen benötigen als Erwachsene (Cremer 2016: 20 ff.).

Im öffentlichen Diskurs erzeugt die Berichterstattung über relative Einkommensarmut häufig mehr Verwirrung als Klarheit. Ursache dafür sind unterschiedliche Definitionen des mittleren Einkommens der Bevölkerung. Denn die Armutsgefährdungsschwelle (Einkommen, bei dessen Unterschreiten man von Armut spricht) hängt stark vom Medianeinkommen (mittleres Einkommen der zugrunde liegenden Bevölkerung) ab. Dieses lag in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2019 bei 1.562 Euro im Monat, während es im Bundesdurchschnitt 1.790 Euro betrug (Statistikportal 2021a). Berechnet man nun die Armutsgefährdungsschwelle nach dem Bundesmedian, spricht man bei Unterschreiten eines Einkommens von 1.074 Euro von relativer Einkommensarmut (= 60 % von 1.790 Euro). Bezogen auf das mittlere Einkommen im Land Mecklenburg-Vorpommern käme man jedoch auf eine Armutsgefährdungsschwelle von 937 Euro. Nach dem Bundesmedian galten im Jahr 2019 etwa 19,4 Prozent der Haushalte in Mecklenburg-Vorpommern als armutsgefährdet, nach dem Landesmedian hingegen «nur» 13,4 Prozent (ebd.). Bei einer Armutsquote in Deutschland von 15,9 Prozent (ebd.) heißt das im ersten Fall, dass die Armutsbetroffenheit in MV überdurchschnittlich hoch ist. Bei der zweiten Berechnung liegt sie dagegen unter dem Bundesdurchschnitt.

Für wie gegen die Verwendung von Bundes- oder Landesmedianeinkommen sprechen verschiedene Gründe, die regelmäßig nach der Veröffentlichung neuer Armutszahlen kontrovers diskutiert werden. Solche Diskussionen helfen in der Sache aber häufig nicht weiter, da je nach politischer Agenda die eine oder die andere Zahl Verwendung findet. Zielführender ist es, Armut differenzierter und auf mehreren Ebenen zu erfassen, zum Beispiel mit dem Lebenslagenansatz.

2.2 LEBENSLAGENANSATZ – MANGEL AN CHANCEN UND TEILHABE

Als arm können auch jene Menschen bezeichnet werden, die geringe Verwirklichungschancen haben. Das bedeutet, dass Armut nicht nur durch einen Mangel an finanziellen Mitteln gekennzeichnet ist, sondern auch dadurch, dass bestimmte Fähigkeiten und Handlungen nicht entwickelt oder ausgeführt werden können («Capability-Approach» nach Sen 1980, 1985). Dazu zählen neben der gesellschaftlichen Teilhabe auch die Aufrechterhaltung der Gesundheit und eine vollwertige Nahrungsmittelversorgung (Leßmann 2006: 34 f.). Armut kann zudem dazu führen, dass Verwirklichungschancen nicht umgesetzt werden können, etwa wenn für einen Job die notwendigen Kommunikationsmittel fehlen oder wenn Weiterbildungskurse nicht wahrgenommen werden, weil sie mit hohen Kosten verbunden sind.

Ursachen dafür, dass mögliche Fähigkeiten nicht genutzt werden, können neben einem geringen Einkommen auch mangelnde Bildung, Krankheit oder eine unbefriedigende Wohnsituation sein (Arndt/Volkert 2006: 13 f.). Diese Dimensionen werden in ihrem Zusammenspiel häufig als Lebenslage bezeichnet. Armut gilt demnach als eine mehrere Lebensbereiche betreffende Einschränkung der Freiheit, individuelle und kollektive Ziele zu erreichen. Armut beschränkt die subjektive Handlungsfähigkeit und die damit verbundenen Bewältigungschancen der Betroffenen (Leßmann 2006: 39).

Wer ist arm und wer nicht? Wie sich gezeigt hat, ist es nicht einfach, diese Frage zu beantworten. Das liegt auch daran, dass es schwierig ist, Armut zu messen. In der Forschung wird häufig auf Zahlen und Statistiken zurückgegriffen, aber die Einordnung von Menschen als arm anhand bestimmter Schwellenwerte ist häufig sehr vereinfachend. Die Höhe des Einkommens ist nicht eins zu eins auf das Wohlergehen übertragbar, sondern ist von gesellschaftlichen und persönlichen «Umwandlungsfaktoren» wie Gesundheit oder Bildung abhängig (Arndt/Volkert 2006: 10 f.). Der dargestellte Lebenslagenansatz birgt zwar das Potenzial, viele verschiedene Seiten von Armut zu beleuchten. Da es jedoch oft schwierig ist, diese zu messen, ist auch die Vergleichbarkeit der so gewonnenen Daten eingeschränkt. Trotzdem soll nachfolgend der Versuch unternommen werden, Armut und ihre Ursachen in Mecklenburg-Vorpommern zu beschreiben. Dazu werden Studien herangezogen, die neben dem Einkommen verschiedene weitere Armutsfaktoren einbeziehen.

3 LEBEN IN MECKLENBURG-VORPOMMERN – EIN ARMUTSFAKTOR?

Um die räumlichen Dimensionen von Armut in Mecklenburg-Vorpommern betrachtet zu können, soll das Bundesland nun genauer betrachtet werden. Die Analyse der geografischen Lage, der Bevölkerungsstruktur und der wirtschaftlichen Entwicklung verfolgt zwei Ziele: Zum einen soll abgebildet werden, was Leben, Wohnen und Arbeiten für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern bedeutet. Zum anderen sollen spezifische Merkmale und Entwicklungen beschrieben werden, die bei der Betrachtung von Armut eine Rolle spielen.

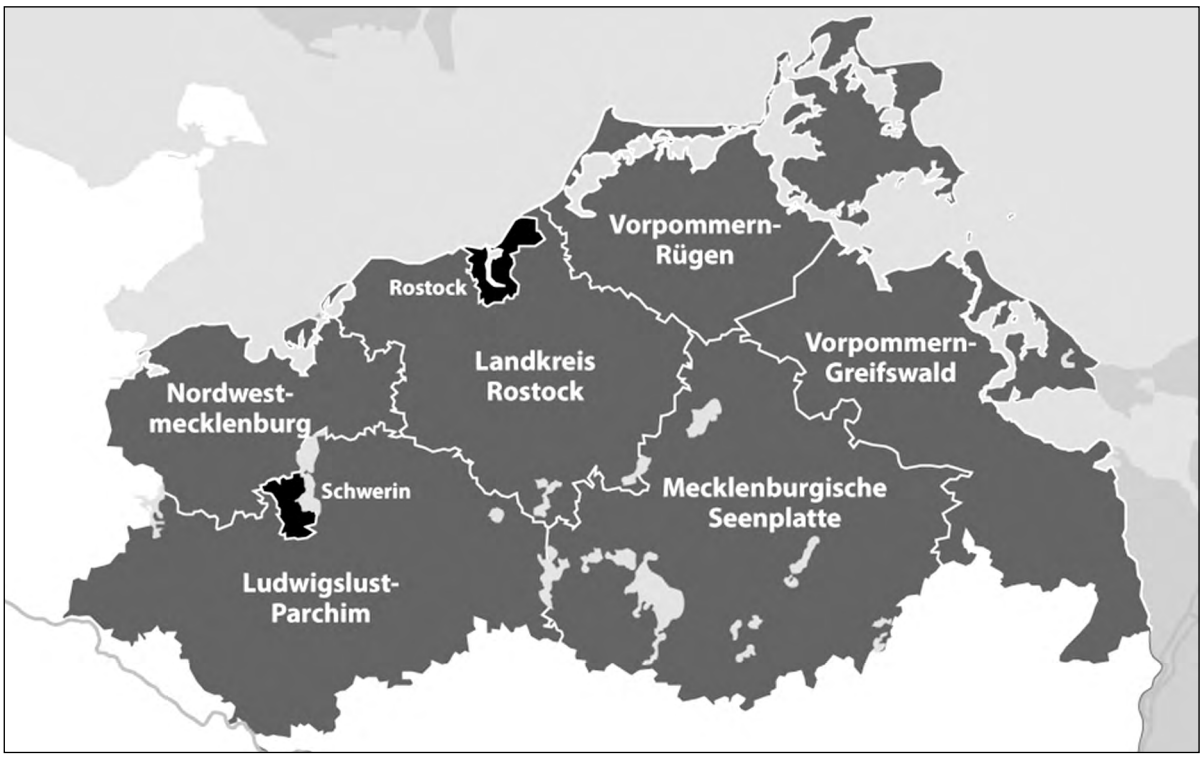
3.1 GEOGRAFISCHE LAGE

Das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern im Nordosten Deutschlands entstand nach dem Ende der deutschen Teilung im Jahr 1990 aus den drei DDR-Bezirken Schwerin, Rostock und Neubrandenburg. Seit der Kreisreform im Jahr 2011 unterteilt sich das Bundesland in die sechs Landkreise Nordwestmecklenburg, Ludwigslust-Parchim, Rostock, Mecklenburgische Seenplatte, Vorpommern-Rügen und Vorpommern-Greifswald (siehe Abb. 1). Die größte Stadt Rostock und die Landeshauptstadt Schwerin behielten ihren Status als kreisfreie Städte. Insgesamt gibt es 726 Gemeinden in MV, darunter 82 Gemeinden mit Stadtrecht (Statistisches Amt MV 2021: 26). Mit circa 23.000 Quadratkilometern nimmt Mecklenburg-Vorpommern 6,5 Prozent der Fläche Deutschlands ein und ist damit das sechstgrößte Bundesland.

3.2 BEVÖLKERUNGSSTRUKTUR UND DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNG

In Mecklenburg-Vorpommern lebten im Jahr 2020 circa 1,6 Millionen Menschen (Statistisches Amt MV 2021: 26). Damit ist es das am dünnsten besiedelte Bundesland Deutschlands (siehe Tab. 1).

Abbildung 1: Landkreise Mecklenburg-Vorpommerns



Quelle: Mecklenburg-Vorpommern – Das Landesportal, www.mecklenburg-vorpommern.de/ueber-das-land-zum-leben/landkreise-und-gemeinden

Tabelle 1: Bevölkerungsdichte in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2020

	Bevölkerungsdichte in Einwohner*innen pro km²
Deutschland	232
Mecklenburg-Vorpommern	69
Rostock	1.153
Schwerin	733
Mecklenburgische Seenplatte	47
Landkreis Rostock	63
Vorpommern-Rügen	70
Nordwestmecklenburg	74
Vorpommern-Greifswald	60
Ludwiglust-Parchim	44

Quelle: Statistisches Amt MV 2021: 26; Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2020

Die demografische Entwicklung der Bevölkerung in MV wird in der Forschung als ein Wandel von der «Kinderstube der Nation» in das «Altenheim Deutschlands» beschrieben (Weiß/Corthier 2015: 13). Dieser Wandel habe sich innerhalb kürzester Zeit, nämlich innerhalb einer Generation vollzogen. Wie kam es dazu?

Der Beitritt der DDR zur BRD im Oktober 1990 und die damit einhergehenden Umbrüche in den neuen Bundesländern waren Auslöser für rasante Veränderungen der Bevölkerungsstruktur. Zum einen kam es zu zahlreichen *Wanderungsprozessen,* die die Siedlungsstruktur in Mecklenburg-Vorpommern nachhaltig beeinflussten. Schon vor der Wende hatte es viele Menschen aus ländlichen Räumen in die Städte gezogen, doch die nun möglich gewordene Übersiedelung in den «Westen» brachte eine regelrechte Abwanderungswelle in die alten Bundesländer hervor (ebd.: 265 f.). Sie lässt sich mithilfe des Push-Pull-Modells erklären: Menschen ziehen um, wenn sie vom neuen Wohnort bessere Lebensbedingungen erwarten (Pull-Faktor). Oder die schlechten Lebensbedingungen am aktuellen Wohnort sind ein Motiv, diesen zu verlassen (Push-Faktor). In den 1990er-Jahren war vor allem die Arbeitsmarktsituation in Ostdeutschland ein bedeutender Beweggrund für die Abwanderung nach Westdeutschland. Bedingt durch den drastischen Strukturwandel zur Marktwirtschaft stieg die Zahl der Arbeitslosen zeitweise auf bis zu 20 Prozent an (Statistisches Amt MV 2021: 374). Gerade auf dem Land verschlechterten sich die Lebensbedingungen durch die Transformation der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu auf Profit ausgelegte Unternehmen erheblich, denn sie beinhaltete unter anderem einen massiven Arbeitskräfteabbau (Maschke/Köncke 2020: 286; siehe Kap. 4.2.1). Der Umzug in eines der alten Bundesländer versprach, ein Beschäftigungsverhältnis eingehen zu können, und zudem ein höheres Lohnniveau (Mai 2006: 356). Weiß fasst die Folgen der Abwanderung als «permanente Ausdünnung des ländlichen Raumes» zusammen (Weiß 2006: 482).

Die Motivation, Mecklenburg-Vorpommern zu verlassen, ist abhängig von Alter, Bildungsniveau und Geschlecht. Insbesondere jüngere Personen entscheiden sich für einen Umzug aus wirtschaftlichen Gründen, da sie flexibler als Familien sind (Mai 2006: 357). Zudem suchen Personen mit einem hohen Qualifikationsniveau eine Erwerbstätigkeit und Entlohnung, die ihrem Bildungsgrad entspricht. In MV ist das Lohnniveau im bundesweiten Vergleich auch für hoch qualifizierte Arbeitskräfte niedrig, während gerade auf den Arbeitsmärkten in den alten Bundesländern eine Nachfrage nach Fachkräften besteht. So sind die Bruttojahreslöhne der Arbeitnehmer*innen in Mecklenburg-Vorpommern im bundesweiten Durchschnitt am niedrigsten (36.957 Euro), während in Hamburg, und somit ganz in der Nähe, die höchsten Bruttogehälter gezahlt werden (43.805 Euro; Statistisches Amt MV 2021: 307).

Obwohl Migration aus wirtschaftlichen Gründen weltweit ein männliches Phänomen ist, zeigt sich bei der deutsch-deutschen Abwanderung ein anderes Geschlechterverhältnis. Nach der deutschen Vereinigung (aber auch heute noch) verließen vorwiegend junge Frauen Ostdeutschland und vor allem Mecklenburg-Vorpommern. Laut Weiß hing dies damit zusammen, dass Frauen über ein höheres Ausbildungsniveau verfügten und daher eher dazu bereit waren, ihren Wohnort zu verlassen, als Männer (Weiß 2006: 489). Letzteres sei mit der Stellung der Frau in der DDR verknüpft gewesen, da weibliche Erwerbstätigkeit dort – im Gegensatz zur Bundesrepublik – gesellschaftliche Norm und durch eine entsprechende Entlastung bei Reproduktions- und Sorgearbeiten untermauert gewesen sei (ebd.: 502). Insgesamt verließen zwar immer noch mehr Männer als Frauen das Bundesland, doch gerade der Fortzug von Frauen in gebärfähigem Alter zog einen Geburtenrückgang nach sich (Hollenbach/Weiß 2007: 100).

Durch diese Prozesse kam es zu einem Bevölkerungsrückgang und zu einem Wandel der Bevölkerungsstruktur in MV: Die Bevölkerung alterte statistisch gesehen rasant (Mai 2006: 359), wobei dieser Effekt durch den Fortzug junger Frauen im gebärfähigen Alter verstärkt wurde. Im Jahr 1994 sank die Geburtenrate in Ostdeutschland auf durchschnittlich 0,75 Kinder pro Frau und erreichte damit einen historischen Tiefpunkt (Weiß/Corthier 2015: 256). Danach stieg sie wieder an und lag im Jahr 2020 in Mecklenburg-Vorpommern bei 1,49 Kindern pro Frau und damit leicht unter dem deutschen Durchschnitt (Statista 2021).

Die Sterblichkeit ist in Mecklenburg-Vorpommern überdurchschnittlich hoch (Statistikportal 2021b). Es wird angenommen, dass die aus hohen Arbeitslosenzahlen und dem Männerüberschuss entstehende Perspektivlosigkeit ein Grund dafür ist (Göschel 2015: 48). Auch wenn die Lebenserwartung in MV wie in allen deutschen Bundesländern eine steigende Tendenz aufweist, ist sie hier mit am niedrigsten (Statistisches Bundesamt 2021; eigene Berechnungen).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die demografische Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns seit den 1990er-Jahren einen Sonderfall darstellt (Corthier 2018a: 47). MV wird als «typisches Wegzugsland» (Weiß/Corthier 2015: 258) beschrieben. Es weist außerdem den geringsten Bevölkerungsanteil an Kindern und Jugendlichen in ganz Europa auf, während der Prozentsatz der Älteren stetig steigt (ebd.: 13). Ein Viertel der Bevölkerung ist heute älter als 65 Jahre (Statistisches Amt MV 2021: 29).

Es ist jedoch zu beachten, dass diese Situation nicht für das gesamte Bundesland gilt. Insgesamt gab es in MV im Jahr 2020 mehr Zu- als Fortzüge (ebd.: 24). Auch viele Städte haben in dieser Hinsicht eine positive Bilanz zu verzeichnen.

3.3 WIRTSCHAFT, ARBEIT, ARBEITSLOSIGKEIT

Auch wenn es in Mecklenburg-Vorpommern regionale Unterschiede hinsichtlich der Wirtschaftskraft gibt, lässt sich das gesamte Bundesland als *wirtschaftsschwach* beschreiben, nutzt man die Arbeitslosenquote oder den Beitrag zum gesamtdeutschen Bruttosozialprodukt als Maßstab (Statistisches Amt MV 2021: 310). Wie oben beschrieben, kam es nach der deutschen Vereinigung zur Abwanderung von qualifiziertem Fachpersonal und somit zur Einschränkung des wirtschaftlichen Entwicklungspotenzials von MV. Bestehenden Betrieben fehlt es an Nachwuchs, solange Personen den Berufseinstieg nach abgeschlossener Ausbildung oder absolviertem Hochschulabschluss in den westdeutschen Bundesländern vollziehen (Mai 2006: 356). Ein Grund dafür sind auch geringe und unattraktive Optionen bei der Wahl des Ausbildungsplatzes (Bertelsmann Stiftung 2019: 13). Zudem ist die Betriebsstruktur in MV durch Kleinbetriebe geprägt, die seltener Auszubildende übernehmen (ebd.: 2) und über weniger Ressourcen zur Qualitätssicherung der Ausbildung verfügen als größere Betriebe (DGB-Bundesvorstand 2020: 8).

Die Löhne sind in Mecklenburg-Vorpommern im bundesweiten Vergleich schon seit Jahren die geringsten; sie entsprechen nur rund 75 Prozent des deutschen Durchschnittseinkommens (Statistisches Bundesamt 2020: 188 ff.; eigene Berechnungen; siehe auch Kap. 2.1).

Dies schlägt sich auch in der *Armutsgefährdungsquote* nieder. Wie bereits ausgeführt, betrug sie in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2019 – gemessen am Bundesmedian – 19,4 Prozent. Das bedeutet, dass fast jede*r Fünfte in MV von Armut bedroht ist. Nach Bremen und Sachsen-Anhalt ist das bundesweit die höchste Quote (Statistisches Amt MV 2021: 98).

Ein für den bundesweiten Vergleich besser geeigneter Indikator für das Armutsrisiko ist die Arbeitslosenquote. Arbeitslose sind eine besonders armutsgefährdete Gruppe mit einem geringen Einkommen und niedrigem Status. Sie sind besonders häufig mit der Verweigerung von sozialer Anerkennung und mit Stigmatisierungen konfrontiert (Knabe et al. 2018a, 2018b). Nach dem «Capability-Approach» (siehe Kap. 2.2) sind Arbeitslose somit in ihrer Fähigkeit eingeschränkt, subjektive und kollektive Ziele zu erreichen (gesund bleiben, am öffentlichen Leben teilhaben, ein Einkommen erwirtschaften usw.).

Im Jahr 2020 betrug die Arbeitslosenquote in MV rund 7,8 Prozent, diese wurde nur von den Stadtstaaten Berlin und Bremen übertroffen (Statistisches Amt MV 2021: 374). Zuvor war sie seit 2005 kontinuierlich gesunken, doch die Covid-19-Pandemie sorgte wieder für einen Anstieg (ebd.: 358). Von den Auswirkungen war kaum ein Wirtschaftsbereich ausgenommen, doch insbesondere das Gastronomie- und Beherbergungsgewerbe erwies sich als unsicher. Durch die erforderlichen Einreisebeschränkungen fehlten die wichtigen Einnahmen durch den Tourismus (ebd.: 572). Die durchschnittliche Arbeitslosenquote verdeckt jedoch die Differenzen zwischen den Landkreisen. Die niedrigsten Arbeitslosenquoten MVs wiesen die Landkreise Rostock und Ludwiglust-Parchim auf, die höchsten Quoten verzeichneten Schwerin sowie die Landkreise Vorpommern-Greifwald, Vorpommern-Rügen und die Mecklenburgische Seenplatte (siehe Tab. 2).

Tabelle 2: Arbeitslosenquoten in Mecklenburg-Vorpommern nach Landkreisen im Jahr 2020

	Arbeitslosenquote (in Prozent)
Mecklenburg-Vorpommern	7,8
Rostock	7,6
Schwerin	9,5
Mecklenburgische Seenplatte	9,0
Landkreis Rostock	5,6
Vorpommern-Rügen	9,3
Nordwestmecklenburg	6,4
Vorpommern-Greifswald	9,0
Ludwiglust-Parchim	6,0

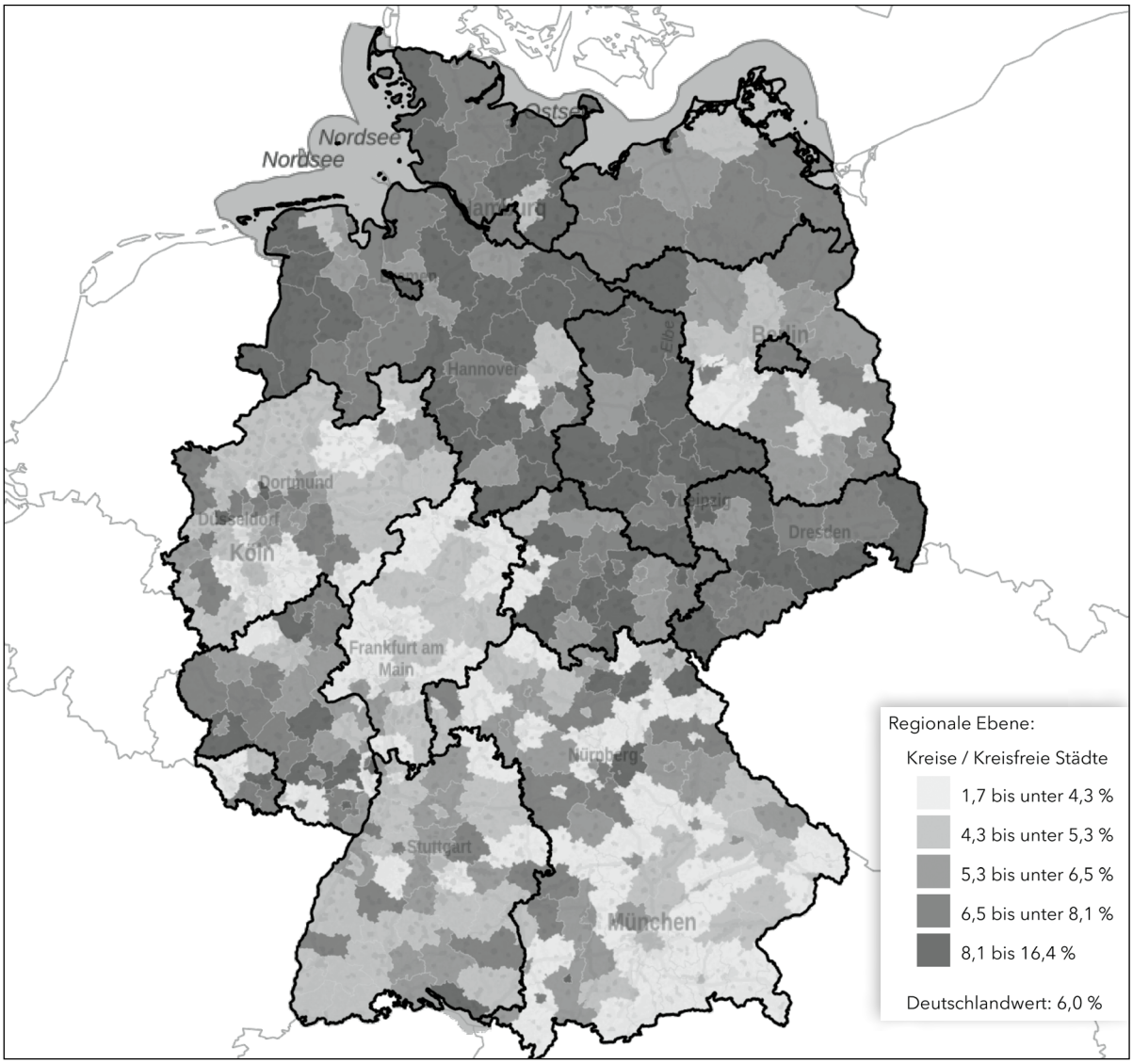
Quelle: Statistisches Amt MV 2021: 374

Diese deutlichen regionalen Unterschiede sind auch durch die Nähe zu den Metropolregionen bedingt. Viele Bewohner*innen des Landkreises Ludwigslust-Parchim pendeln zu ihren Arbeitsorten nach Schwerin oder Hamburg und viele Pendler*innen aus dem Landkreis Rostock arbeiten in der Hansestadt (Groth/Michels 2015: 172). Vorpommern verfügt hingegen nicht über solche wirtschaftliche Zentren. Allerdings bietet die Ausrichtung auf die Metropolregion Szczecin eine Perspektive für die künftige Entwicklung der Region.

Für viele Menschen in Mecklenburg-Vorpommern zog die deutsche Vereinigung einen Bruch ihrer Erwerbskarriere nach sich, denn die wirtschaftliche Umstellung in den neuen Bundesländern wirkte sich massiv auf den Arbeitsmarkt aus. Hier ist zu bedenken, dass es in der DDR durch staatliche Zuweisungen kaum Arbeitslosigkeit gegeben hatte. Somit war diese Situation für viele Ostdeutsche neu, und es konn-

te kaum auf Bewältigungsstrategien zurückgegriffen werden (Hradil 2005: 193). Nicht alle einmal arbeitslos gewordenen Menschen fanden zurück in den Arbeitsmarkt, wie die Studie «Gesichter der Armut in Mecklenburg-Vorpommern» (Klärner et al. 2015) zeigt. Erwerbspersonen, die seit mindestens einem Jahr keiner Erwerbstätigkeit nachgegangen sind, zählen zu den Langzeitarbeitslosen. Sie machen in Mecklenburg-Vorpommern einen Anteil von 2,7 Prozent aller zivilen Erwerbspersonen aus (eigene Berechnung; Statistisches Amt MV 2021: 360, 373). Doch nicht nur Langzeitarbeitslose sind häufig von Armut betroffen. Auch Menschen, die nach der deutschen Vereinigung in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen oder weitgehend in Teilzeit gearbeitet haben, gehören zu den Betroffenen – unabhängig von ihrer Bildung und ihren Qualifikationen. Darüber hinaus bleibt vielen jüngeren Menschen der Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt, vor allem dann, wenn sie keinen Schulabschluss erreicht haben (Klärner et al. 2015: 10). Dies ist in Mecklenburg-Vorpommern häufiger der Fall als in anderen Regionen (siehe Abb. 2)

Abbildung 2: Anteil der Schulabgänger*innen ohne Hauptschulabschluss 2020



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder o. J.

4 DIE RÄUMLICHE DIMENSION VON ARMUT

Es wurde gezeigt, dass Mecklenburg-Vorpommern im bundesweiten Vergleich eine besonders hohe Armutsquote aufweist und hinsichtlich wirtschaftlicher Prosperität schlechter dasteht als die anderen Bundesländer. Nun sollen gebietsspezifische Unterschiede – zum Beispiel bei der Arbeitslosenquote – innerhalb Mecklenburg-Vorpommerns betrachtet werden, um Rückschlüsse auf den Einfluss des Faktors Raum auf die Armutsgefährdung ziehen zu können.

Im Landesraumentwicklungsprogramm (LEP), das vom Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung MV herausgegeben wird, ist das *Konzept der Zentralen Orte* verankert, das den 82 Städten in Mecklenburg-Vorpommern eine wichtige Funktion für ihr Umland attestiert. Hervorzuheben sind dabei die vier Oberzentren Rostock, Schwerin, Neubrandenburg und Stralsund-Greifswald (als gemeinsames Oberzentrum). Aber auch die 18 Mittelzentren, zu denen beispielsweise Wismar, Güstrow und Anklam gehören, und die 77 Grundzentren sollen dafür sorgen, dass die Grundversorgung der Bevölkerung aufrechterhalten werden kann. Gerade bei den großen Entfernungen in Mecklenburg-Vorpommern müssen die Zentren die Versorgung für eine große Fläche gewährleisten (EM MV 2016: 37). Im LEP wurde festgelegt, dass die Entfernung zum nächstgelegenen Versorgungsstandort 10 bis 15 Kilometer nicht überschreiten darf (ebd.: 33). In Abbildung 3 sind die Ober-, Mittel- und Grundzentren MVs dargestellt.

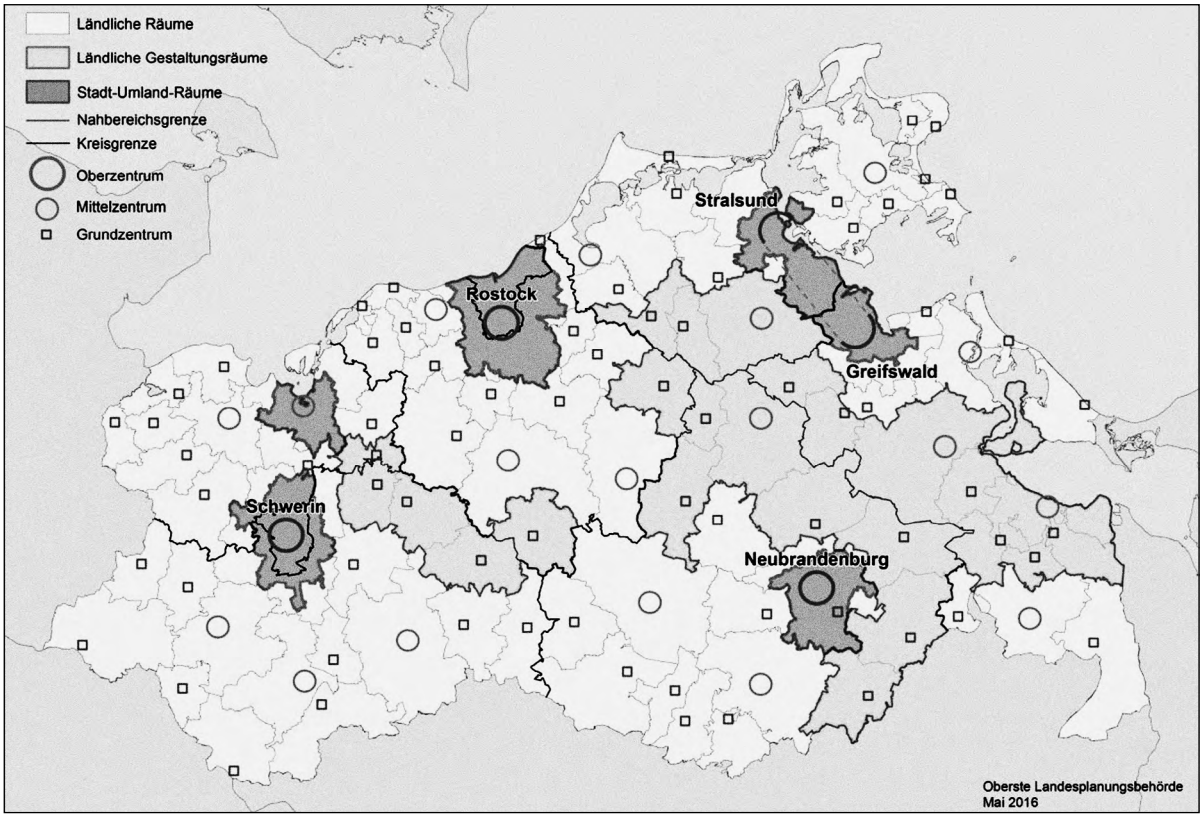
Als Stadt-Umland-Räume werden Gebiete um die Städte Rostock, Wismar, Schwerin, Neubrandenburg sowie Stralsund und Greifswald bezeichnet (in Abb. 3 grau dargestellt). Charakteristisch für sie ist eine starke Verbindung von Kernstadt und umliegenden Gebieten. Wohn- und Arbeitsorte sind deutlich voneinander getrennt: Es gibt einen großen Anteil an Pendelnden, die in der Stadt arbeiten und im Umland wohnen (ebd.: 40).

Diese Städte nehmen insgesamt zwar nur 8,5 Prozent der Landesfläche ein, jedoch befindet sich fast die Hälfte der Arbeitsplätze des gesamten Bundeslandes dort (ebd.: 41 f.) – sie sind also von großer wirtschaftlicher Bedeutung.

Zur Raumkategorie «Ländliche Räume» gehören kleine Dörfer, aber auch größere Siedlungen und Städte (in Abb. 3 hell markiert). Die Nähe zur Küste und zu anderen touristischen Zielen wird als Standortvorteil gesehen, der gesichert und erweitert werden soll. Doch auch hier zeigen sich Probleme aufgrund von demografischen Entwicklungen und die «Ausdünnung von Infrastrukturen» (EM MV 2016: 33).

Die Zuordnung zur Raumkategorie «Ländliche Gestaltungsräume» (in Abb. 3 hellgrau dargestellt) im LEP

Abbildung 3: Raumkategorien nach dem Landesentwicklungsprogramm



Quelle: EM MV 2016: 36

erfolgt anhand der Faktoren Bevölkerungsdichte und -entwicklung, Anteil der Personen über 65 Jahre, Kaufkraft, Anzahl der Beschäftigten und zugezogenen Personen sowie Frauenanteil. Diese dienen als Indikatoren für das Entwicklungs- und Geburtenpotenzial, die Altersstruktur und die Wirtschaftskraft, anhand derer die Strukturschwäche einer Region eingeschätzt wird (ebd.: 35).

Aus Abbildung 3 wird ersichtlich, dass Mecklenburg-Vorpommern ein ländlich geprägtes Bundesland ist, in dem die ländlichen (Gestaltungs-)Räume eine Fläche von über 90 Prozent einnehmen (ebd.: 32). Ein Großteil dieser Fläche ist besonders strukturschwach, das heißt, die demografische sowie die Wohlstands- und Wirtschaftsentwicklung liegen deutlich unter dem Landesdurchschnitt. Dies stellt laut LEP eine «schwierige Ausgangslage» für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse dar (ebd.: 37).

4.1 ARMUT IN DER STADT

Um einen differenzierten Blick auf die Armut in den Städten Mecklenburg-Vorpommerns werfen zu können, soll zunächst ihre geschichtliche Entwicklung betrachtet werden. Dabei soll der Fokus auf der Stadt Rostock liegen, die zu DDR-Zeiten und auch gegenwärtig die größte Stadt des Bundeslands war und ist. Darüber hinaus ist sie die einzige Stadt Mecklenburg-Vorpommerns mit mehr als 100.000 Einwohner*innen.

4.1.1 Entwicklung der Städte in der DDR

Der staatlich organisierte *Wohnungsbau* in der DDR nahm einen großen Einfluss auf die Bevölkerungsverteilung und den Aufbau der Städte in Mecklenburg-Vorpommern. Rostock war in großem Ausmaß von Kriegszerstörungen betroffen, da die hier angesiedelte Rüstungsindustrie zum Ziel der Alliierten wurde (Albrecht/Weber 1991: 107). Dem fielen auch viele Wohnungen zum Opfer – sie wurden zerstört oder stark beschädigt –, sodass der Wohnraum knapp wurde (Hoppe 2008: 40).

Der Neuaufbau konzentrierte sich ab den 1950er-Jahren auf die Errichtung von neuen Siedlungen in *Plattenbauweise.* Dadurch konnte die Bauzeit neuer Wohneinheiten erheblich verkürzt werden (Neubauer 2007: 21). Neben den meist fünfgeschossigen Wohnkomplexen wurden Kaufhallen, Kindergärten und Schulen errichtet. Somit lagen alle benötigten Einrichtungen der Grundversorgung ganz in der Nähe (ebd.: 14). Die Bevölkerungsdichte in den entstehenden Großwohnsiedlungen erhöhte sich durch die Ausweitung der Blocklängen fortwährend, zudem konnte der Bau durch technische Fortschritte noch schneller vonstattengehen. Der Fokus lag klar auf einer möglichst schnellen Schaffung von Wohnraum. Dadurch rückte die zerstörte Infrastruktur der Rostocker Innenstadt in den Hintergrund.

Die Einwohnerzahl Rostocks wuchs kontinuierlich, da die Bezirksstadt nicht nur ein administratives Zentrum war, sondern hier auch Industrie und Handel angesiedelt wurden, die für einen stetig wachsenden Bedarf an Arbeitskräften sorgten. Erst in den 1970er-Jahren begann man, auch in der Innenstadt Fußgängerbereiche anzulegen und Geschäfte anzusiedeln. So nahm die Bedeutung des Stadtzentrums langsam wieder zu. Die wichtigsten Versorgungseinrichtungen verblieben jedoch in den neuen Wohngebieten (ebd.: 15). Für den über Reutershagen und die Südstadt hinausgehenden Aufbau neuer Wohnsiedlungen rückten die Außenbezirke der Stadt ins Visier, die große Flächen boten (Helbig/Jähnen 2018: 99 f.). So entstanden ab den 1970er-Jahren unter anderem die Stadtviertel Lütten-Klein und Lichtenhagen im Nordwesten Rostocks, da dort die Nähe zu den maritimen Industriebetrieben genutzt wurde (Neubauer 2007: 21). Lichtenhagen galt als Musterbeispiel des DDR-Städtebaus – neben den guten Wohnbedingungen war die ausgezeichnete Verkehrsanbindung ans Stadtzentrum von Vorteil (ebd.: 16). Es erfolgte der Bau weiterer Großwohnsiedlungen wie Schmarl, Groß Klein, Dierkow und Toitenwinkel. In den Bau flossen die neuesten städtebaulichen Kenntnisse ein (ebd.: 25–28). So entstanden Bandstädte mit eigenen Versorgungsstrukturen entlang der Warnow, die zwar weit entfernt vom Stadtzentrum, aber in der Nähe der industriellen Großbetriebe lagen (Hoppe 2008: 56).

Anders als heute waren die Großwohnsiedlungen in der DDR begehrte Wohnorte, verfügten sie doch über vergleichsweise komfortable Wohnungen. Vor der deutschen Vereinigung lebten etwa 57 Prozent der Rostocker Bevölkerung in diesen Siedlungen (ebd.: 29; Keller 2005: 31). Der Anteil der Plattenbauten am gesamten Wohnungsbestand Rostocks zum damaligen Zeitpunkt wird auf 70 Prozent geschätzt (Obenaus/Zuber-Seifert 1996: 501).

Die Wohnungsverteilung wurde zum großen Teil durch den Staat gelenkt, die Wohnungsmieten waren stark bezuschusst. Somit schlug sich die politische Ausrichtung der DDR in ihrer Wohnungspolitik nieder: Die Trennung von sozialen Gruppen und Schichten passte nicht in das Verständnis einer sozialistischen Gesellschaft (Helbig/Jähnen 2018: 95). Es konnte jedoch auch nie eine komplette Durchmischung der Schichten durchgesetzt werden, denn bei der staatlichen Wohnungsverteilung wurden junge Familien bevorzugt. Diese wiesen meist ein höheres Qualifikationsniveau auf (Harth et al. 1998: 29 f.).

Mit der deutschen Vereinigung und dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbruch nahm die Attraktivität der Plattenbaugebiete stark ab. Viele der in den nahegelegenen Betrieben arbeitenden Menschen wurden arbeitslos, als diese privatisiert, umstrukturiert oder abgewickelt wurden (Keller 2005: 47 f.). Die Folge war ein «Fahrstuhleffekt nach unten» – ein gemeinsames Absinken der Lebensqualität in diesen Siedlungen (Häußermann/Siebel 2004: 160). Die dort Wohnenden entwickelten ein Gefühl des «Zu-kurz-gekommen-Seins», weil sie eine Zeit der wirtschaftlichen und kulturellen Unsicherheit erleb-

ten und ihre Lebensform als abgewertet empfanden (Mau 2019: 17).

In der Mitte der 1990er-Jahre kam es zur Suburbanisierung in den neuen Bundesländern. Darunter versteht man den Umzug von der Stadt ins Umland. Fortziehen konnten aber nur diejenigen, denen genügend finanzielle Mittel und Perspektiven zur Verfügung standen (Keller 2005: 48). Es waren besonders «Wende-Nichtverlierer», die aus den Plattenbaugebieten fortzogen, was die Segregation begünstigte.

Die stark auf Privatisierung und Deregulierung setzende Sanierungspolitik Rostocks sorgte für nachholende Investitionen in die Altbauten der Innenstadt, was diese attraktiver machte (z. B. Kröpeliner-Tor-Vorstadt; vgl. Neubauer 2007: 52). Des Weiteren standen Gemeinden und Dörfer im Umland im Fokus der Sanierungen. So begann ein «suburbaner Ring» um die Hansestadt zu wachsen und besonders Gebiete in Küstennähe wurden zu beliebten Wohnorten (Obenaus/Zubert-Seifert 1996: 505). Insbesondere die Innenstädte und küstennahen Orte wurden zu touristischen Zielen ausgebaut, sodass sich vor allem dort Restaurants und Geschäfte ansiedelten (Göschel 2015: 52). Damit setzte ein Auseinanderdriften unterschiedlicher Lebensverhältnisse ein: auf der einen Seite die attraktiver werdenden Innenstadtlagen und das (touristische) Umland und auf der anderen Seite die Großwohnsiedlungen, in denen man lebte, weil man sich eine höhere Miete nicht leisten konnte.

Der Baubestand der Wohnblöcke in diesen Siedlungen litt jahrelang unter fehlenden Instandsetzungen, weil die Mieten dafür schlichtweg zu gering waren (Neubauer 2007: 20). Die fehlenden finanziellen Mittel in der DDR führten auch dazu, dass geplante Freizeiteinrichtungen und Begrünungen in den neueren Stadtvierteln wie Dierkow oder Groß Klein nicht errichtet bzw. angelegt wurden und die Siedlungen so an Attraktivität einbüßten (ebd.: 30).

Wie Neubauer (2007) zeigt, bestand in Rostock in den ersten Jahren nach der deutschen Vereinigung ein Zusammenhang zwischen dem Rückgang der Abwanderung und dem Haushaltseinkommen der Menschen: In den Stadtvierteln mit den größten Bevölkerungsverlusten gab es den größten Anteil an Sozialhilfebezieher*innen und arbeitslos Gemeldeten (ebd.: 66). Dies lässt sich auch durch die kommunale und private Wohnungsverteilung erklären: Wohnungsunternehmen sahen eine Möglichkeit, den Leerstand auszugleichen, indem sie vor allem Transferleistungsbeziehende dort einziehen ließen. So wurden Plattenbausiedlungen verstärkt Wohnbezirke von Menschen, die finanziell schlechter ausgestattet und häufig arbeitslos waren (Helbig/Jähnen 2018: 103).

Infolge der Arbeitsmarktreform Agenda 2010 wuchs die Zahl der Grundsicherungsbeziehenden insgesamt an. Zudem nahm die Bevölkerung in den Städten langsam zu und aufgrund der unterschiedlich hohen Mietpreise verstärkte sich die Konzentration sozial benachteiligter Menschen in abgelegenen Stadtgebieten (ebd.). Die wachsende Schere zwischen einkommensarmen und einkommensstarken Haushalten wurde in Rostock – wie in vielen anderen ostdeutschen Städten – an den Wohnbedingungen sichtbar.

4.1.2 «Armenviertel» in Rostock?

Die ungleiche Verteilung sozioökonomischer Merkmale in einer Stadt wird *Segregation* genannt. Personen derselben sozialen Gruppe leben freiwillig oder gezwungenermaßen in denselben Vierteln einer Stadt. Soziale Segregation ist ein Prozess, bei dem ökonomisch benachteiligte Gruppen von anderen Gruppen getrennt werden und es somit zu keinen Begegnungen auf Straßen, in Supermärkten, in Schulen usw. kommt.

Infolge der Konzentration ökonomisch benachteiligter Gruppen in bestimmten Wohngebieten kann es zur Abwertung dieser Gruppen kommen (Häußermann/Siebel 2004: 169). Damit ist gemeint, dass negative und abwertende Gedanken über die Wohngebiete auf die dort Wohnenden übertragen werden.

Doch wodurch wird die räumliche Trennung von sozialen Gruppen in einer Stadt verursacht? Die Wahl des Wohnortes ist von mehreren Faktoren beeinflusst. Ausstattung, Lage und Qualität von Wohnungen können sehr unterschiedlich sein, deshalb hängt die Wahl des Wohnortes von den eigenen Vorlieben ab. Diese werden unter anderem davon beeinflusst, wie viele Personen zum wohnungssuchenden Haushalt gehören, in welcher Lebensphase sich die Haushaltsmitglieder befinden und welchen sozioökonomischen Status sie aufweisen. Inwiefern die Vorstellungen umgesetzt werden können, ist von den verfügbaren Ressourcen abhängig. Außerdem gibt der Wohnungsmarkt selbst einen Rahmen vor, denn nur freistehende Wohnungen können auch ausgewählt werden. Miet- und Bodenpreise sind an die Beliebtheit der Wohnviertel gekoppelt (ebd.: 153–158). Somit ist der Handlungsspielraum bei der Standortwahl von einer Vielzahl an Kriterien der Angebots- und Nachfrageseite begrenzt.

Auch wenn sich durch die gesunkene Arbeitslosenquote bereits Veränderungen vollzogen haben, ist die soziale Entmischung in Rostock nach wie vor groß. Belegt wurden die Segregationstendenzen zuletzt in einer Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (Helbig/Jähnen 2018), die die soziale Ungleichheit in deutschen Großstädten untersucht hat. Die Veröffentlichung der Ergebnisse im Mai 2018 sorgte für mediales Aufsehen. So titelten *Spiegel* und *Focus Online* «In deutschen Städten wachsen die Gettos» (Der Spiegel, 23.5.2018) und «‹Historisch beispiellos›: 36 deutschen Städten droht die Ghetto-Bildung» (Focus Online, 23.5.2018).

Helbig und Jähnen legen den Fokus der Studie auf die unfreiwillige Segregation – sie sorge dafür, dass benachteiligte Gruppen an den Rand gedrängt würden. Gemessen wurde die soziale Segregation in deutschen Großstädten, indem die räumliche Verteilung von SGB-II-Beziehenden berechnet wurde; sie wird durch ei-

nen *Segregationsindex*[1] angegeben. Grundlegend ist die Annahme, dass ein geringes Einkommen die Verwirklichungschancen von Personen einschränkt (siehe Kap. 2.2).

Die Untersuchung ergab folgende Segregationsindexe: Schwerin: 40 Prozent, Rostock: 39 Prozent, Neubrandenburg: 33 Prozent. Damit weisen Schwerin und Rostock die höchsten Werte unter den 74 untersuchten deutschen Städten auf. Aufgrund der eingeschränkten Aussagekraft von Stadtvergleichen richtet sich der Blick auf die jeweilige Entwicklung des Segregationsindexes in der Stadt. Auch unter diesem Gesichtspunkt liegen Rostock und Schwerin vorn: Zwischen 2005 und 2014 stieg der Segregationsindex in Rostock um circa 1,2 Prozentpunkte und in Schwerin um etwa 1,15 Prozentpunkte an. Damit führen die beiden Städte eine Entwicklung an, die besonders für Ostdeutschland charakteristisch zu sein scheint (ebd.: 87).

4.1.3 Wie wirkt sich eine steigende Segregation auf die Stadtbewohner*innen aus?

Fehlende materielle Ressourcen in den segregierten Stadtteilen führen zu einem Mangel an gesellschaftlicher Teilhabe, die bei den Bewohner*innen zu Gefühlen des Ausgegrenztseins und des sozialen Abstiegs führen können (Keller 2005: 129). Diese entstünden jedoch nicht nur innerhalb eines Wohnquartiers, sondern auch durch Zuschreibungen von außen. Keller legt dar, dass Armut nicht in solchen benachteiligten Wohnquartieren produziert werde, sondern dass diese Wohnbezirke eine Art «Auffangbecken» für Ausgegrenzte seien. Denn dort fänden sich überdurchschnittlich viele Menschen, die nicht nur aufgrund eines geringen Einkommens zu dieser Gruppe gezählt werden müssten, sondern auch aufgrund eines niedrigen Bildungsniveaus oder weil sie alleinerziehend sind (ebd.: 131).

Auch wenn der Wohnort nicht die alleinige Ursache für Armut und gesellschaftlichen Ausschluss sei, so Keller weiter, könne er doch dafür sorgen, dass dieser Zustand anhalte. Als Beispiel nennt er Vorurteile bei der Vergabe von Jobs oder Ausbildungsplätzen: Dort «wird die Adresse zu einem Stempel der Benachteiligung» (ebd.: 194).

Im Prozess des sozialen Lernens orientieren sich Kinder an ihrem sozialen Umfeld und übernehmen dabei die Verhaltensweisen ihrer Eltern, anderer Haushaltsmitglieder oder ihrer Mitschüler*innen. In der Schule ist der Lerneffekt bedeutend geringer, wenn positive Vorbilder fehlen und die Klassenzusammensetzung homogen ist. Somit verschlechtern sich Bildungschancen und verringern sich spätere Handlungsoptionen aufgrund eines armen Wohnumfelds (Helbig/Jähnen 2018: 57). Die Bertelsmann Stiftung geht davon aus, dass diese Erfahrungen auch den zukünftigen Lebensverlauf der Kinder negativ beeinflussen können (Bertelsmann Stiftung 2020: 7). Somit entsteht eine Art Teufelskreis, in dem Armut an die folgende Generation weitergegeben wird.

In einer weiteren Befragung konnte nachgewiesen werden, dass in den Rostocker Stadtteilen Dierkow und Toitenwinkel Gefühle von Vernachlässigung zunehmen (Gesemann et al. 2018: 39). Die bereits erwähnte Studie «Gesichter der Armut in Mecklenburg-Vorpommern» (Klärner et al. 2015) konnte zeigen, dass vielen als arm deklarierten Personen ihre räumliche Segregation weniger bewusst ist. Den Lebensmittelpunkt bildet der Stadtteil, weil dort Freund*innen und Verwandte leben und alltägliche Besorgungen gemacht werden. Aus diesem Grund wird die direkte Wohnumgebung als Richtlinie für den eigenen Lebensstandard genommen – und nicht die Wohnbedingungen in anderen Vierteln oder in der Innenstadt (ebd.: 36).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Armut eine räumliche Komponente aufweist. Diese besteht in einer Segregation der Bevölkerung anhand sozialer und/oder ökonomischer Merkmale. Anhand des historischen Kontextes für Rostock wurde deutlich, dass sich gesellschaftliche Prozesse auf den Wohnort und die Bevölkerungsverteilung in einer Stadt auswirken. Dabei kann sich die Ballung ärmerer gesellschaftlicher Schichten in bestimmten Vierteln verstärken, wenn es im gesellschaftlichen Zusammenleben zu negativen und vorurteilsbehafteten Zuschreibungen kommt (die sich meist auf Großsiedlungen beziehen). Auf diese Weise kann ein bestimmter Wohnort für die Einschränkung von Teilhabechancen und nachteilige Lebensbedingungen verantwortlich sein.

4.2 ARMUT IM LÄNDLICHEN RAUM

Mecklenburg-Vorpommern ist schon seit Jahren die beliebteste Urlaubsregion der Deutschen im Inland – es weist bundesweit die höchste Tourismusintensivität auf (Schrader et al. 2020: 7). Regelmäßig werden die Rekorde der Übernachtungszahlen aus dem Vorjahr gebrochen (Tourismusverband MV 2018). Insbesondere die naturnahen Räume der Ostseeküste und der Mecklenburgischen Seenplatte locken jedes Jahr viele Urlauber*innen an (Statistisches Amt MV 2015: 30). Allerdings kann die touristische Attraktivität des Bundeslandes nicht über seine bestehende Strukturschwäche hinwegtäuschen. Wie bereits erläutert, ist Mecklenburg-Vorpommern das wirtschaftsschwächste Bundesland in Deutschland mit einem unterdurchschnittlichen Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf (Statistisches Amt MV 2021: 318). Aus Tabelle 3 ist ersichtlich, dass vor allem die Städte MVs wirtschaftlich stark sind: Das BIP je Einwohner*in liegt in Schwerin und Rostock nah am deutschen Durchschnitt; in den anderen Landkreisen liegt es deutlich darunter.

1 Der Segregationsindex gibt den Anteil von Personen an, die umziehen müssten, damit die Personen, die SGB-II-Leistungen beziehen, gleichmäßig auf die einzelnen Stadtteile verteilt wären. In diesem Fall würde der Segregationsindex bei null liegen. Der höchste Wert, den dieser Index annehmen kann, ist 100 – dann ist in der Stadt eine vollständige Segregation vorzufinden (Friedrichs 2005: 1021 f.) und Personen mit und ohne SGB-II-Bezug würden gänzlich voneinander getrennt leben.

Tabelle 3: Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner*in in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2020 (Deutschland = 100)

	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner*in (in Prozent)
Mecklenburg-Vorpommern	69,8
Rostock	91,8
Schwerin	99,2
Mecklenburgische Seenplatte	69,3
Landkreis Rostock	64,8
Vorpommern-Rügen	63,9
Nordwestmecklenburg	61,5
Vorpommern-Greifswald	62,7
Ludwiglust-Parchim	61,3

Quelle: Statistisches Amt MV 2021: 318

Auch die Nähe Westmecklenburgs zu den westdeutschen Zentren Hamburg und Lübeck wirkt sich positiv auf die sozioökonomische Situation der Region aus. Das Arbeitsplatzangebot ist dadurch größer, zudem werden höhere Löhne gezahlt. Demgegenüber ist Vorpommern durch die Zentrumsferne und die mangelhafte Anbindung an das Verkehrsnetz als wirtschaftlicher Standort eher uninteressant. Zudem verfügen die ländlichen Räume MVs im Vergleich zu den Städten über ein geringeres Wirtschaftspotenzial, da sie zu DDR-Zeiten auf die landwirtschaftliche Produktion ausgerichtet waren und nach der Wende drastischen Veränderungen unterlagen. Ein Blick auf die Arbeitslosenquoten (Tab. 2) und die Anteile an der Wertschöpfung des Landes (Tab. 3) zeigt deutliche Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Räumen in MV.

Die Nähe zu Ober- oder Mittelzentren kann einer Region Vorteile bringen, während sich eine periphere Lage nachteilig auswirkt: Hier ist beispielsweise eine Vernetzung von Betrieben aufgrund ihrer geringen Anzahl seltener möglich. Von der Tourismusbranche profitieren – wie oben erwähnt – vorwiegend die Inseln sowie die Gebiete an der Küste und in Küstennähe (EM MV 2016: 35). In Mecklenburg-Vorpommern zeigt sich also eine Ungleichverteilung des wirtschaftlichen Entwicklungspotenzials in Abhängigkeit von der geografischen Lage.

Ein genauerer Blick soll nun auf Vorpommern gerichtet werden. Die Region war vor der deutschen Vereinigung vor allem durch landwirtschaftliche Produktionsbetriebe geprägt. Industrielle Unternehmen gab es dagegen nur wenige. Die Betriebe, die es gab, waren kapitalschwach und regional wenig vernetzt, was sich als sehr nachteilig für die Region erweisen sollte (Braun 2015: 80).

Mittlerweile hat zwar der Tourismus einen wichtigen Platz im wirtschaftlichen Gefüge eingenommen – über 16 Prozent der Beschäftigten arbeiten in tourismusnahen Branchen, was bundesweit den zweithöchsten Wert darstellt (Schrader et al. 2020: 8). Doch neben den Arbeitsplätzen bringt der Tourismus den Bewohner*innen auch Nachteile. So steigen die Lebenshaltungskosten, aber nicht die Löhne – diese sind durchschnittlich die geringsten in ganz Deutschland (Statista 2022). Häufig finden sich nur Saisonarbeitsplätze im Niedriglohnsektor – in Hotels, Restaurants, Bars oder Souvenirläden –, was die Arbeitnehmenden in unsichere Einkommenssituationen führt (Gibson 2009). Zudem ist die Infrastruktur auf die Tourist*innen ausgerichtet und nicht auf die Menschen, die das ganze Jahr über dort wohnen. Aufgrund der hohen Grundstückspreise ist es nur wenigen Menschen möglich, hier einen Hauptwohnsitz zu gründen. Die Wohnflächen werden bevorzugt für Luxushotels und Ferienwohnungen genutzt (Hasselmann 2019).

Ganz Mecklenburg-Vorpommern weist einen hohen Anteil an Beschäftigungsverhältnissen auf, in denen die Arbeitnehmenden weniger als zwei Drittel des Medianlohns aller Beschäftigten verdienen (am höchsten in Vorpommern-Rügen mit 40,8 %; Portal Sozialpolitik 2021). In der Tourismusbranche – und damit im ländlichen Raum und in den küstennahen Gebieten – sind solche Beschäftigungsverhältnisse überproportional vertreten. In diesem Bereich ist die «verdeckte Armut» besonders groß, denn es gibt oftmals prekäre Lebensbedingungen trotz Vollzeiterwerbstätigkeit (Maschke et al. 2021: 61). Dazu kommt, dass Investitionen in die Tourismusbranche in diesen Gebieten häufig von außerorts kommen, sodass das Kapital nicht einmal im Bundesland bleibt (Hasselmann 2019). Von der Wertschöpfung profitieren also kaum die Menschen vor Ort.

4.2.1 Abgehängt in der Provinz

Im Folgenden soll der Blick auf Abwanderungsbewegungen aus den ländlichen Räumen Mecklenburg-Vorpommerns aus historischer Perspektive gerichtet werden. In der DDR war die Landwirtschaft hier nicht nur der wichtigste Arbeitgeber; ihre ökonomische Bedeutung war viel größer als heute, da die DDR-Führung eine autarke Lebensmittelversorgung des Landes anstrebte (Maschke/Köncke 2020: 283). In den 1950er-Jahren begann man, die Landwirtschaftsbetriebe zu kollektivieren und zu LPGs (Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften) zusammenzufassen. Agrarflächen und Produktionsmittel wurden von nun an gemeinschaftlich genutzt. Es erfolgte eine weitreichende Kooperation von spezialisierten Arbeitsbereichen, doch diese Zusammenarbeit geschah nicht immer freiwillig, sondern ging auch mit Zwangskollektivierungen einher. Der Anschluss an die LPGs erfuhr jedoch im Laufe der Jahre eine höhere Akzeptanz. Das lag auch daran, dass sie nicht nur als Arbeitgeber von großer Bedeutung waren, sondern ihre Mitglieder auch mit Sozialleistungen versorgten und den Ausbau von Infrastruktur wie Straßen, Kindergärten und Sportvereinen förderten (ebd.: 282). Somit erlangten die LPGs eine größere gesellschaftliche Bedeutung und wurden wichtige Orte des Zusammenlebens (Brauer et al. 1996: 740 f.).

Nach der deutschen Vereinigung erfolgte eine tiefgreifende *Transformation* der landwirtschaftlichen Pro-

duktion, die die Bevölkerung auf dem Land in besonderem Maße traf. Die Eigentumsstrukturen veränderten sich in kürzester Zeit und ein großer Teil der Betriebe ging in die LPG-Nachfolgegenossenschaften über, da viele der ehemaligen LPG-Mitglieder nicht das notwendige Kapital zur eigenen Bewirtschaftung besaßen (Maschke/Köncke 2020: 286). Außerdem erhielten die Alteigentümer*innen, die das Land vor der Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone besessen hatten, mittels eines Vorkaufsrechts Teile ihrer Güter zurück. Weitere Flächen wurden privatisiert, gingen zunächst in die Treuhandanstalt und ab 1994 in die Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) ein (Specht et al. 2013: 18). Diese Praxis brachte viel Unzufriedenheit unter den Einwohner*innen hervor. Besonders die Vergabepraxis in späteren Jahren, die zahlungskräftige Investor*innen aus anderen Branchen bevorzugte, wurde kritisiert (ebd.: 19). Die Bedeutung der Landwirtschaft als Versorger der lokalen Bevölkerung wandelte sich, stattdessen rückte sie in den Blickpunkt internationaler Finanzmarktakteure (Maschke et al. 2021: 58). So sind in Mecklenburg-Vorpommern heute bereits 34 Prozent der Agrarflächen Eigentum überregional agierender Investor*innen (Laschewski/Tietz 2020: 56), für die die großen, zusammenhängenden Flächen besonders attraktiv sind. In der Folge steigen die Bodenpreise und die Erträge wandern in die Kassen ortsfremder Unternehmen (Maschke/Köncke 2020: 289). Die überregional aktiven Investor*innen sind zudem kaum in die strukturellen Bedingungen vor Ort eingebunden und handeln losgelöst von der Region (z. B. in Bezug auf Ausbildungsplätze und Interessensvertretung; Laschewski/Tietz 2020).

Dieser Prozess war folgenreich für die in der Landwirtschaft tätigen Menschen. So stellen Blumberg et al. (1996) fest, dass vor allem die Verlusterlebnisse durch die Wende für große Unzufriedenheit sorgten. Die Autor*innen interviewten fünf Jahre nach der Wende über 50 ehemalige LPG-Mitglieder, um ein Stimmungsbild der Landbevölkerung einzufangen. Zu den Verlusterlebnissen gehörte die hohe Arbeitslosigkeit insbesondere im landwirtschaftlichen Sektor (ebd.: 231). Dazu kam, dass es in der Region kaum Alternativen für die Beschäftigten und ihre Fertigkeiten gab. Zwar wurden zahlreiche Umschulungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen angeboten, doch diese führten nur selten zu Anstellungen in der Region. Folge war, dass viele Menschen in die Städte zogen. Für andere war es der Einstieg in die Langzeitarbeitslosigkeit und der Beginn des sozialen Abstiegs (ebd.: 246 ff.). Der Transformationsprozess stellte für viele Betroffene also einen «biografischen Bruch» dar (Brauer et al. 1996: 739; Klärner/Knabe 2019).

Die Auflösung der LPGs führte nicht nur zum Wegfall sicherer Arbeitsplätze, sondern wirkte sich auch auf das Zusammenleben der vormals in ihnen Beschäftigten aus. Viele der Befragten (Blumberg et al. 1996) beklagten, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt geschrumpft sei und seit dem Niedergang der Betriebe ein Ort des sozialen Austauschs und der Kommunikation fehle. So hatte es vorher betriebliche Kindergärten gegeben, kostenloses Mittagessen in der LPG-Kantine und die Übernahme von Steuer- und Alterssicherungsangelegenheiten durch die LPG (ebd.: 238).

Zusammenfassend lässt sich somit sagen, dass die Transformation der Landwirtschaft für viele Menschen mit dem Verlust ihrer bisherigen Lebenswelt einherging und sich zuvor bestehende Sicherheiten auflösten. Nun hat zwar in ganz Deutschland der landwirtschaftliche Sektor an Bedeutung verloren. In Westdeutschland vollzog sich dieser Prozess jedoch über einen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten, während er in den neuen Bundesländern innerhalb kürzester Zeit geschah (ebd.: 253). Davon waren viele Menschen überfordert und verunsichert (Brauer et al. 1996: 747; vgl. auch Krambach/Watzek 2002).

Wie bereits erwähnt, kam es zu einer selektiven Abwanderung aus den ländlichen Gebieten MVs. Die Wegziehenden waren überwiegend jung und qualifiziert. Auch heute ist dies noch der Fall. Somit bleibt eine Teilbevölkerung zurück, die älter und geringer qualifiziert ist und einen Männerüberschuss aufweist (Corthier 2018a: 48, 56).

Aus dem bisher Gesagten lassen sich verschiedene Wechselwirkungen ableiten. So sorgt die demografische Entwicklung dafür, dass ländlich-periphere Räume als Standorte unattraktiver werden. Und dort, wo wenige Menschen leben und die Gemeinden aufgrund fehlender Steuereinnahmen ihre Ausgaben reduzieren müssen, werden Institutionen und soziale Einrichtungen häufig geschlossen (Gutgesell 2015: 135). Dadurch verlängern sich die Anfahrtswege zu solchen Einrichtungen und die ohnehin weiten Entfernungen im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern werden noch größer. Auch die Attraktivität als Wirtschaftsstandort nimmt – wie bereits erläutert – durch die selektiven Wanderungsprozesse ab und es siedeln sich weniger neue Unternehmen an. Damit verschlechtert sich die Lage auf dem lokalen Arbeitsmarkt, vor allem für Personen mit einem niedrigen Bildungsabschluss (siehe Abb. 2).

4.2.2 Eingeschränkte Mobilität als Armutsdimension

In Rostock kommt man auch aus peripheren Stadtteilen wie Lütten Klein oder Lichtenhagen in wenigen Minuten mit der Straßen- oder S-Bahn in die Innenstadt. Auf dem Land sind die Wege dagegen deutlich weiter und auch kostspieliger. Vor allem für ärmere Haushalte stellt Mobilität einen erheblichen Kosten- und Zeitfaktor dar (Groth/Michels 2015: 207). Mit dem Konzept der *Zentralen Orte* hatte das LEP nach der deutschen Vereinigung die Versorgung verschiedener Grundbedarfe forciert. So wurden Institutionen und Infrastrukturen vor allem in Mittel- und Oberzentren angesiedelt (Weiß/Corthier 2015: 244). Der Fokus auf die Städte förderte zeitgleich den Rückbau der Sozial- und Verkehrsinfrastruktur in ländlichen Räumen (Neu 2006: 13).

In einer qualitativen Befragung von Einwohner*innen der vorpommerschen Gemeinde Velgast (Guski et al. 2015) zeigten sich die Befragten größtenteils zufrieden mit der Lebensqualität «auf dem Dorf», wünschten sich aber dennoch einen Ausbau der Infrastruktur. Durch die wenigen Angebote im ländlichen Raum sei der infrastrukturelle Anschluss an die Zentren unabdingbar, um die Grundversorgung und den darüber hinausgehenden Bedarf zu sichern (ebd.: 28, 39). Hier ist also oftmals der Besitz eines Pkw Voraussetzung für die Erreichbarkeit von Einrichtungen und Behörden, doch nicht jede*r verfügt über einen Pkw. Und wenn doch, verringern die Unterhalts- und Betriebskosten des Fahrzeugs die materiellen Ressourcen zusätzlich (Weiß/Corthier 2015: 286). Ist man auf die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel angewiesen, können Angebote der Grundversorgung sowie Kultur- oder Freizeitangebote oft nicht wahrgenommen werden. Zudem ist ein eigenes Auto häufig die Grundvoraussetzung für einen Arbeitsplatz. Im Folgenden soll anhand der Bereiche Gesundheit und Bildung näher auf die Auswirkungen einer eingeschränkten Mobilität eingegangen werden. Diese wird als spezifische Armutsdimension des ländlichen Raums betrachtet.

Eingeschränkte Gesundheitsversorgung

Statistiken zeigen, dass die Sterblichkeit gerade in den ländlich-peripheren Räumen Mecklenburg-Vorpommerns besonders hoch ist. Das liegt unter anderem daran, dass die Menschen häufiger im Niedriglohnsektor arbeiten oder keiner Erwerbstätigkeit nachgehen. Damit gehen Gesundheitsrisiken einher, die noch dadurch angestiegen sind, dass nach 1990 ein Abbau der Gesundheitsversorgung in MV erfolgte. Die durchschnittliche Lebenserwartung in diesen Gebieten sinkt zudem dadurch, dass vor allem höher qualifizierte Personen abwandern, die im Durchschnitt eine höhere Lebenserwartung aufweisen (ebd.).

Eine gute *medizinische Versorgung* wäre also notwendig, um die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort zu verbessern. Dies würde eine Kooperation von Ärzt*innen verschiedener Fachrichtungen beinhalten, doch gerade in peripheren Räumen ist dies kaum umsetzbar (ebd.: 288). Böck-Friese (2003) verdeutlicht, dass sich der Mangel an Ärzt*innen und ärztlichem Personal auch aus den schlechten Arbeitsbedingungen ergebe, die das Arbeiten im ländlichen Raum unattraktiv machten. Darunter fallen beispielsweise die langen Anfahrtswege und die Tatsache, dass Patient*innen oft mehrfache oder häufige Krankheiten aufweisen, was durch den hohen Anteil an älteren Personen und Arbeitslosen bedingt ist. Hier ist eine besonders zeitintensive Betreuung nötig (ebd.: 773 f.). Dieses Problem wird sich zukünftig noch verstärken, da die Alterung der Bevölkerung fortschreitet und viele der heute praktizierenden Ärzt*innen bald das Rentenalter erreichen werden. Dazu kommt: Trotz der höheren Belastungen verdienen Ärzt*innen in MV weniger als ihre Kolleg*innen in westdeutschen Bundesländern, was zu fehlendem Nachwuchs beim medizinischen Personal führt. Am Ende ist die ärztliche Versorgung häufig nur dann gewährleistet, wenn die Zentren zu erreichen sind (ebd.: 771).

Eine etwas andere Perspektive offenbart eine qualitative Studie von Kreiser et al. (2014: 158), in der 20 Ärzt*innen, die seit höchstens fünf Jahren in ländlichen Regionen Mecklenburg-Vorpommerns tätig sind, befragt wurden. Dabei interessierte die Autor*innen vor allem, warum sich die Ärzt*innen für eine Niederlassung im ländlichen Raum oder in Kleinstädten entschieden hatten. Die Auswertung der Interviews ergab, dass die Befragten insgesamt eine positive Haltung zu ihrem Beruf haben und sogar Vorzüge gegenüber der Arbeit in einer Stadt sehen. Betont wurde das engere Verhältnis zwischen Patient*innen und behandelnder Person sowie das positive Gefühl, «gebraucht zu werden». Die längeren Distanzen und die Mehrfacherkrankungen von Patient*innen wurden dabei eher als Herausforderung denn als Belastung eingestuft (ebd.: 161 f.).

Neueste Untersuchungen zeigen, dass etwa 16 Prozent der Bevölkerung MVs mehr als eine halbe Stunde Fahrtzeit benötigen, um ins nächste Krankenhaus zu gelangen (Augurzky et al. 2021: 74). Zu beachten ist, dass sich diese Zeitangabe auf die Fahrtzeit mit dem Auto bezieht – doch nicht jeder Haushalt verfügt über einen Pkw. Grundsätzlich ist die räumliche Verteilung der ambulanten Versorgung gesetzlich festgelegt und orientiert sich an den Bevölkerungszahlen (Weiß/Corthier 2015: 289). Somit ist keine ausreichende Versorgung gerade in jenen Regionen garantiert, die niedrigere Einwohnerzahlen auf größerer Fläche aufweisen (BBSR 2018: 81).

Durch die Kreisgebietsreform im Jahr 2011 sind die Landkreise noch größer geworden und für einige Regionen sind die zentralen Orte der Versorgung und die für den Landkreis zuständigen Behörden seitdem noch weiter entfernt (Lübbert 2021). In anderen Fachgebieten und gesundheitlichen Versorgungsinstitutionen sieht die Lage noch bedrückender aus. So ist etwa bei Selbsthilfegruppen die Mindesterreichbarkeit nicht gesetzlich geregelt. Es ist davon auszugehen, dass zukünftig noch größere Herausforderungen auf das Gesundheitswesen zukommen werden, denn die Alterung der Bevölkerung schreitet fort und die Anzahl der Ärzt*innen bundesweit sinkt (Augurzky et al. 2021: 52).

Eingeschränkte Bildungschancen

Der nach der deutschen Vereinigung einsetzende Braindrain – der Wegzug von Hochqualifizierten – verfestigte das Merkmal geringer Bildung in den Bevölkerungsteilen, die nicht wegzogen (Hollenbach/Weiß 2007: 101; Weiß 2006: 472). Ein niedriger Bildungsabschluss erhöht laut Hradil (2005: 198) die Gefahr, arbeitslos und somit arm zu werden. Auch die Mobilität ist statistisch gesehen bei Menschen mit niedrigerem Bildungsabschluss bedeutend geringer (Braun

2015: 82). Ähnlich wie bei der Gesundheitsversorgung spielen hier die räumlichen Distanzen eine Rolle. Durch den Bevölkerungsrückgang werden sie immer größer, da Schulstandorte aufgrund mangelnder Auslastung geschlossen werden müssen.

Auf Grundlage von Berechnungen des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung zur Erreichbarkeit von Gymnasien kommen Weiß und Corthier zu dem Schluss, dass aus der Schließung weiterer Schulen eine «flächenhafte Erosion in der Bildungslandschaft» folgen würde (2015: 287). Es sei vor allem der ländliche Raum betroffen, in dem der Mangel an Schulen wiederum als Wegzugsfaktor gesehen wird (Brauer et al. 2004: 19). Auch die Ausbildungssituation in Mecklenburg-Vorpommern zeigt problematische Strukturen: Durchschnittlich kommen seit September 2020 auf 100 betriebliche Ausbildungsstellen nur 64 Bewerber*innen. Hier spielen zwar auch die Einschränkungen aufgrund der Covid-19-Pandemie eine Rolle, jedoch ist dies deutschlandweit der geringste Wert (Bundesagentur für Arbeit 2021). Er kann als Indikator für die Abwanderung von Nachwuchskräften (Groth/Michels 2015: 162) und als Zeichen für unattraktive Ausbildungsstellen gesehen werden (DGB-Jugend Nord 2019: 10).

Die Schule ist nicht nur ein Ort der Wissensvermittlung, sondern in ihr nimmt auch die Lehre demokratischer Werte eine wichtige Funktion ein. Darüber hinaus können Bildungseinrichtungen durch Nachmittagsangebote wichtige Standorte für Freizeitaktivitäten sein. Ist die Nutzung dieser Funktionen durch mangelnde Ausstattung und/oder weite Entfernungen eingeschränkt, verstärkt sich insbesondere bei den Jugendlichen im ländlichen Raum die Perspektivlosigkeit (Gutgesell 2015: 135.). Somit wirkt sich die besondere Strukturschwäche Mecklenburg-Vorpommerns mit einem Mangel an Freizeitangeboten und attraktiven Ausbildungsplätzen auf die Lebenschancen der dort Wohnenden und insbesondere der Jugendlichen aus. Daraus können bei ihnen Gefühle des «Abgehängtseins» entstehen.

Geringe Teilhabechancen am gesellschaftlichen Leben sind ein Aspekt von Armut – deshalb zeigt sich Armut in ländlichen-peripheren Räumen insbesondere in Form von Strukturschwäche und mangelnder Mobilität. Hier ist Mobilität eine Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Für eingeschränkte Mobilität stehen nicht nur die weiten Entfernungen und infrastrukturellen Mängel, sondern steht auch die Tatsache, dass die individuellen Lebensbedingungen nur schwer verändert werden können.

5 FAZIT UND HANDLUNGSOPTIONEN

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass ein Wohnort in Mecklenburg-Vorpommern starke Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse der dort lebenden Menschen hat. Sowohl im städtischen als auch im ländlichen Raum gibt es Bevölkerungsteile, die sich in Randlagen befinden und nur eingeschränkte Teilhabemöglichkeiten und Handlungsoptionen haben.

Das Wissen um die vielgestaltigen räumlichen Erscheinungsformen von Armut ist eine zentrale Voraussetzung für die Armutsbekämpfung. Dabei gilt es, zum einen die gegenwärtigen Lebensumstände der Betroffenen zu verbessern und zum anderen die Ursachen zu bekämpfen, die dafür sorgen, dass bestimmte Räume mit Armut in Zusammenhang stehen. Die Literaturrecherche hat gezeigt, dass systematische Untersuchungen zur Lebenslage der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern bislang fehlen. Befunde müssen mühselig aus kleineren Einzeluntersuchungen zusammengetragen werden und sind oft schon veraltet. Eine Armuts- und Sozialberichterstattung, mithilfe derer sich Entwicklungen über einen längeren Zeitraum nachzeichnen ließen, gibt es nicht. Das erschwert die Identifizierung geeigneter politischer Maßnahmen und eine Evaluierung ihrer Wirksamkeit bei der Armutsbekämpfung.

Ein großes Teilhabehindernis besteht in ländlichen Räumen in der mangelnden Mobilität und Erreichbarkeit von Einrichtungen der Daseinsfürsorge. Hier kann eine verbesserte Infrastruktur Abhilfe schaffen. Damit sind besser getaktete Verkehrsanbindungen gemeint, aber auch alternative Arten des Transports wie Carsharing. Zudem könnten Bezuschussungen beim Erwerb der Fahrerlaubnis ein Mittel der Mobilitätsverbesserung sein – mit dem Vorteil, dass individuelle Kompetenzen gefördert würden. Auch der Ausbau eines flächendeckenden, zuverlässigen Internets kann als eine Maßnahme gesehen werden, die weit entfernte Orte näher zueinanderrücken lässt. Auch im Bereich der Gesundheit kann das Internet dienlich sein, zum Beispiel in Form von Online-Videosprechstunden. Das kann vor allem für jene Personen von Vorteil sein, die sich aufgrund ihres Gesundheitszustands oder ihres Alters nicht in der Lage sehen, den Weg zu einer Arztpraxis auf sich zu nehmen. Allerdings ist zu bedenken, dass gerade diese Zielgruppe kaum mit dem Internet vertraut ist und persönliche Kontakte bevorzugt.

Ein weiterer Ansatz besteht darin, die Entfernungen an sich zu verringern. Das Konzept der Zentralen Orte zielt zwar darauf ab, zentrale Orte mit umfassenden Angeboten der Daseinsvorsorge zu schaffen, doch diese Zentralisierung führt auch zu Nachteilen. Daher sollte die räumliche Verteilung von Dienstleistungen, Behörden und Schulen nicht allein von der Bevölkerungszahl abhängen, um auch im ländlichen Raum eine gute Versorgung zu gewährleisten (Lübbert 2021). Dazu gehören etwa auch Bürgerbüros, die ohne große Schwierigkeiten erreicht werden können und bei Problemen direkt vor Ort ansprechbar sind (ebd.). Auf lange Sicht müssen Anreize geschaffen werden, damit junge Menschen und Fachkräfte diese Regionen nicht verlassen, sondern zu ihrem Lebensmittelpunkt machen. Dazu gehört neben attraktiven Arbeitsplätzen und entsprechender Vergütung der Ausbau von Kultur- und Freizeitangeboten sowie Treffpunkten für Jung und Alt.

In städtischen Räumen sind es weniger die Entfernungen in Kilometern, die zu fehlenden Teilhabechancen beitragen. Hier müssen sozialräumliche Trennungen überbrückt werden – etwa durch Angebote, in denen Menschen verschiedenster Bevölkerungsgruppen aufeinandertreffen können – in der Freizeit wie im Alltag. Schulen in benachteiligten Gebieten müssen besonders gefördert werden, um ortsunabhängig eine hohe Bildungsqualität zu gewährleisten. Dies wäre ein erster Schritt, um Chancen und Handlungsoptionen für Kinder und Jugendliche zu vergrößern und die «Weitergabe» von Armut und prekären Lebensverhältnissen zu verhindern. Langfristig müsste ein sozialer Wohnungsbau dafür sorgen, die Segregation in der Stadt zu verringern. Er müsste verhindern, dass sich Menschen mit geringen finanziellen Mitteln an bestimmten (peripheren) Orten ballen. Es wäre beispielsweise möglich, Sozialwohnungen auch in anderen, zentrumsnahen Stadtteilen zu vergeben. Andererseits müssten segregierte Stadtteile wieder attraktiver für die dort lebenden, aber auch für neue Bewohner*innen gemacht werden.

Arbeitslosigkeit ist sowohl im ländlichen Raum als auch in der Stadt ein bedeutender Armutsfaktor. In Mecklenburg-Vorpommern ist sie besonders hoch, sodass auch an dieser Stelle angesetzt werden muss. Regelungen zur Ansiedlung von Unternehmen und zur Sicherung von Wertschöpfungsketten, die das Kapital im Land halten, können Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen und die wirtschaftliche Lage verbessern. Gerade die Branche der erneuerbaren Energien birgt hier großes Entwicklungspotenzial. Bei der Schaffung von Arbeitsplätzen ist jedoch zu beachten, dass der Niedriglohnsektor keine nachhaltigen Arbeitsplätze und kaum Aufstiegschancen bietet und ein großes Risiko der Altersarmut mit sich bringt. Anzustreben ist ein umfassender Ausbau von Tarifverträgen, um die Menschen in sichere und angemessen bezahlte Beschäftigungsverhältnisse zu führen. Die Studie konnte zeigen, dass Mecklenburg-Vorpommern in besonderer Weise von Armut betroffen ist und dass sie in vielen Facetten auftritt. Die Untersuchung der historischen und wirtschaftlichen Entwicklung des Bundeslandes sowie der geografischen Begebenheiten hat die Ursachen dafür offengelegt. Es wird deutlich, dass Armut in Mecklenburg-Vorpommern nur bekämpft werden kann, indem räumliche und soziale Entfernungen überwunden werden.

LITERATUR

A

Albrecht, Wolfgang/Weber, Egon (1991): Zur Entwicklung von Funktion, Struktur und Bevölkerung der Städte Rostock, Schwerin und Neubrandenburg, in: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 1/1991, S. 106–122.

Arndt, Christian/Volkert, Jürgen (2006): Amartya Sens Capability-Approach. Ein neues Konzept der deutschen Armuts- und Reichtumsberichterstattung, in: Viertelsjahrshefte zur Wirtschaftsforschung 1/2006, S. 7–29.

Augurzky, Boris et al. (2021): Zukunft der medizinischen Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern (Gutachten der Institute for Health Care Business GmbH zur «Zukunft der medizinischen Versorgung in M-V»), Essen.

B

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.) (2018): Raumordnungsbericht 2017. Daseinsvorsorge sichern, Bonn.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2019): Ländermonitor berufliche Bildung 2019 – Mecklenburg-Vorpommern, Gütersloh, unter: www.bertelsmann-stitung.de/fileadmin/files/Projekte/13_Chance_Ausbildung/Laendermonitor_2019/Laenderberichte/LMBB_2019_Mecklenburg-Vorpommern.pdf.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2020): Kinderarmut in Deutschland. Factsheet, Gütersloh, unter: www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/factsheet-kinderarmut-in-deutschland.

Beste, Jonas (2017): Armut im Lebenslauf. Messkonzepte in der Armutsforschung, Bielefeld.

Blumberg, Claudia et al. (1996): Zur aktuellen Stimmungslage der Landbevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern, in: Andreß, Hans-Jürgen (Hrsg.): Fünf Jahre danach. Zur Entwicklung von Arbeitsmarkt und Sozialstruktur im vereinten Deutschland, Berlin u. a., S. 227–256.

Böck-Friese, Annette (2003): Zukünftige ambulante medizinische Versorgung in der Region Mecklenburgische Seenplatte, in: Informationen zur Raumentwicklung 12/2003, S. 771–778.

Brauer, Kai/Willisch, Andreas/Ernst, Frank (1996): Intergenerationale Beziehungen, Lebenslaufperspektiven und Familie im Spannungsfeld von Kollektivierung und Transformation: empirische Befunde aus der Gemeindestudie «Tranlin», in: Clausen, Lars (Hrsg.): Gesellschaften im Umbruch. Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle an der Saale 1995, Frankfurt a. M., S. 736–749.

Brauer, Kai/Künemund, Harald/Scherger, Simone (2004): Lebenszusammenhänge älterer Menschen im Stadt-Land-Vergleich, in: Laschewski, Lutz/Neu, Claudia (Hrsg.): Sozialer Wandel in ländlichen Räumen. Theorie, Empirie und politische Strategien, Aachen, S. 13–32.

Braun, Gerald (2015): Vorpommern: Von der Peripherie ins Zentrum. Konturen eines Entwicklungskonzepts für strukturschwache Räume, in: Kaiser, Klaus-Dieter (Hrsg.): Lebendiger ländlicher Raum. Herausforderungen. Akteure. Perspektiven, Schwalbach/Taunus, S. 75–104.

Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2021): Berichte: Arbeitsmarkt kompakt. Situation am Ausbildungsmarkt, unter: https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Statischer-Content/Statistiken/Fachstatistiken/Ausbildungsmarkt/Generische-Publikationen/AM-kompakt-Situation-Ausbildungsmarkt20-21.pdf?__blob=publicationFile.

C

Corthier, Jochen (2018a): Regional-Demographie und Armut. Zur Interdependenz von natürlicher und räumlicher Bevölkerungsbewegung am Beispiel der Residualbevölkerung ländlich-peripherer Abwanderungsgebiete in Mecklenburg-Vorpommern, in: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.): Mal über Tabuthemen reden. Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen, Mindeststandards, Wüstungen. Worüber nur hinter vorgehaltener Hand diskutiert wird, BBSR-Online-Publikation Nr. 02/2018, Bonn, S. 47–57.

Corthier, Jochen (2018b): Zur Interdependenz von natürlicher und räumlicher Bevölkerungsbewegung ländlich-peripherer Abwanderungsgebiete Ostdeutschlands am Beispiel der Residualbevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern (Dissertation), Greifswald.

Cremer, Georg (2016): Armut in Deutschland. Wer ist arm? Was läuft schief? Wie können wir handeln?, München.

D

Der Spiegel (2018): In deutschen Städten wachsen die Gettos, 23.5.2018, unter: www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/ghetto-bildung-nimmt-in-deutschlands-staedten-zu-a-1209141.html.

DGB-Bundesvorstand (2020): Ausbildungsreport 2020, unter: www.dgb.de/++co++b79d0ae4-e7ab-11ea-807a-001a4a160123.

DGB-Jugend Nord (2019): DGB-Ausbildungsreport 2019 Mecklenburg-Vorpommern, unter https://nord.dgb.de/presse/++co++260909f8-343c-11e9-8472-52540088cada.

E

EM MV – Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.) (2016): Landesraumentwicklungsprogramm, Schwerin.

F

Focus Online (2018): «Historisch beispiellos»: 36 deutschen Städten droht die Ghetto-Bildung, 23.5.2018, unter: www.focus.de/politik/deutschland/sozialesmehr-soziale-spaltung-in-staedten-vor-allem-im-osten_id_8971369.html.

Friedrichs, Jürgen (2005): Segregation, räumliche, in: Ritter, Ernst-Hasso (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung, Hannover, S. 1021–1025.

G

Gesemann, Frank et al. (2018): Fallstudien zum Zusammenhalt vor Ort, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, unter: www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/LW_Studie_2018_Zusammenhalt_vor_Ort.pdf.

Gibson, Chris (2009): Geographies of tourism: Critical research on capitalism and local livelihoods, in: Progress in Human Geography 4/2009, S. 527–534.

Göschel, Albrecht (2015): Ungleichheit oder Vielfalt. Zur Zukunft schrumpfender Regionen mit besonderem Blick auf Mecklenburg-Vorpommern, in: Kaiser, Klaus-Dieter (Hrsg.): Lebendiger ländlicher Raum. Herausforderungen. Akteure. Perspektiven, Schwalbach/Taunus, S. 47–55.

Grabka, Markus M./Göbler, Konstantin (2020): Der Niedriglohnsektor in Deutschland. Falle oder Sprungbrett für Beschäftigte?, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, unter: www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/der-niedriglohnsektor-in-deutschland-all.

Groth, Ulf/Michels, Kathrin (2015): Landkarte der Armut in Mecklenburg-Vorpommern, in: AWO Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e. V. (Hrsg.): Aspekte der Armut in Mecklenburg-Vorpommern. Forschungsbericht im Auftrag der Arbeiterwohlfahrt Mecklenburg-Vorpommern (Vollversion), Schwerin, S. 91–236.

Guski, Roman/Kühhirt, Claudia/Volkmann, Tatiana (2015): Räume und Sozialgestalten des intergenerativen Miteinanders in den Gemeinden Satow und Velgast, in: Kaiser, Klaus-Dieter (Hrsg.): Lebendiger ländlicher Raum. Herausforderungen. Akteure. Perspektiven, Schwalbach/Taunus, S. 19–46.

Gutgesell, Dennis (2015): Vitalisierung ländlicher Räume durch Bildung, in: Kaiser, Klaus-Dieter (Hrsg.): Lebendiger ländlicher Raum. Herausforderungen. Akteure. Perspektiven, Schwalbach/Taunus, S. 135–146.

H

Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (2004): Stadtsoziologie. Eine Einführung, Frankfurt a. M. u. a.

Harth, Annette/Herlyn, Ulfert/Scheller, Gitta (1998): Segregation in ostdeutschen Städten. Eine empirische Studie, Opladen.

Hasselmann, Silke (2019): Rügen auf dem Weg zur «Versyltung», deutschlandfunk, 3.8.2019, unter: www.deutschlandfunk.de/problem-massentourismus-ruegen-auf-dem-weg-zur-versyltung.724.de.html?dram:article_id=455480.

Helbig, Marcel/Jähnen, Stefanie (2018): Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten, WZB Discussion Paper, Berlin, unter: https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2018/p18-001.pdf.

Hollenbach, Jörn/Weiß, Wolfgang (2007): Regionale Residualbevölkerung in der Wissensgesellschaft, in: Kujath, Hans Joachim/Schmidt, Suntje (Hrsg.): Umbau von Städten und Regionen in Nordostdeutschland. Handlungsnotwendigkeiten und Handlungsperspektiven (Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels, Bd. 9), Hannover, S. 114–137.

Hoppe, Timon (2008): Rostock. Urbane Kulturlandschaft: Stadtbilder, Wandlungen, Perspektiven (Kulturlandschaftsforschung und Industriearchäologie, Bd. 3), Norderstedt.

Hradil, Stefan (2005): Soziale Ungleichheit in Deutschland, Wiesbaden.

K

Keller, Carsten (2005): Leben im Plattenbau. Zur Dynamik sozialer Ausgrenzung, Frankfurt a. M. u. a.

Klärner, Andreas et al. (2015): Gesichter der Armut in Mecklenburg-Vorpommern. Ergebnisse eines qualitativen Forschungsberichts, in: AWO Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e. V. (Hrsg.): Aspekte der Armut in Mecklenburg-Vorpommern. Forschungsbericht im Auftrag der Arbeiterwohlfahrt Mecklenburg-Vorpommern (Vollversion), Schwerin, S. 8–10, 25–90.

Klärner, Andreas/Knabe, André (2019): Social Networks and Coping with Poverty in Rural Areas, in: Sociologia Ruralis, Vorab-Onlinepublikation, unter: https://doi.org/10.1111/soru.12250.

Knabe, André (2022): Soziale Armut. Wahrnehmung und Bewältigung von Armut in sozialen Netzwerken, Wiesbaden.

Knabe, André et al. (2018a): Anerkennungsdefizite im Kontext von Prekarität und Erwerbslosigkeit aus Perspektive der Netzwerkforschung, in: Bereswill, Mechthild/Burmeister, Christine/Equit, Claudia (Hrsg.): Bewältigung von Nicht-Anerkennung. Modi von Ausgrenzung, Anerkennung und Zugehörigkeit, Weinheim/Basel, S. 186–209.

Knabe, André/Fischer, Hagen/Klärner, Andreas (2018b): Armut als relationales Konstrukt: Die (Re-)Produktion sozialer Ungleichheiten durch Stigmatisierung und Kontrollversuche in sozialen Netzwerken, in: Behrmann, Laura et al. (Hrsg.): «Doing Inequality» – Prozesse sozialer Ungleichheit im Blick qualitativer Sozialforschung, Wiesbaden, S. 167–190.

Krambach, Kurt/Watzek, Hans (2002): Agrargenossenschaften heute und morgen. Soziale Potenziale als genossenschaftliche Gemeinschaften, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Manuskripte – Neue Folge 35, Berlin.

Kreiser, Barbara et al. (2014): Niederlassung von Hausärzten im ländlichen Mecklenburg-Vorpommern. Eine qualitative Studie, in: Zeitschrift für Allgemeinmedizin 4/2014, S. 158–164.

L

Laschewski, Lutz/Tietz, Andreas (2020): Auswirkungen überregional aktiver Investoren in der Landwirtschaft auf ländliche Räume: Ergebnisse aus zwei Fallstudien (Thünen Report Nr. 80), Braunschweig.

Leßmann, Ortrud (2006): Lebenslagen und Verwirklichungschancen. Verschiedene Wurzeln, ähnliche Konzepte, in: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 1/2006, S. 30–42.

Lübbert, Anke (2021): «Die Kreisgebietsreform verstößt gegen den Gleichheitsgrundsatz», in: katapult MV, 31.8.2021, unter: https://katapult-mv.de/artikel/kreisgebietsreform-interview.

M

Mai, Ralf (2006): Die altersselektive Abwanderung aus Ostdeutschland, in: Raumforschung und Raumordnung 5/2006, S. 355–369.

Maschke, Alexander/Köncke, Philipp (2020): Wirtschaftsdemokratie und ihre systemischen Grenzen. Genossenschaftliche Landwirtschaft am Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns, in: PROKLA 50, S. 277–294.

Maschke, Lisa/Mießner, Michael/Naumann, Matthias (2021): Kritische Landforschung. Konzeptionelle Zugänge, empirische Problemlagen und politische Perspektiven, Bielefeld.

Mau, Steffen (2019): Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft, Berlin.

N

Neu, Claudia (2006): Territoriale Ungleichheit – eine Erkundung, in: Aus Politik und Zeitgeschehen 37/2006, S. 8–15.

Neubauer, Ulrike (2007): Stadtumbau Ost. Großwohnsiedlungen als stadtentwicklungspolitische Herausforderung für die Hansestadt Rostock, Hamburg.

O

Obenaus, Hans/Zuber-Seifert, Franz (1996): Rostock. Wandel einer Stadtregion seit 1990, in: Geographische Rundschau 9/1996, S. 501–508.

P

Portal Sozialpolitik (2020): Niedriglohnquoten 2020. Vollzeitbeschäftigte mit Niedriglohn in den Kreisen und kreisfreien Städten, unter: www.portal-sozialpolitik.de/index.php?page=Vollzeit-Niedriglohn-Kreise-2020.

S

Schrader, Klaus/Stehn, Jürgen/Laaser, Claus-Friedrich (2020): Urlaub in Corona-Zeiten: Perspektiven für den Tourismus in Deutschland, Kiel Policy Brief Nr. 140, Kiel.

Sen, Amartya (1980): Equality of What?, in: The Tanner Lecture on Human Values, Bd. 1, Cambridge, S. 197–220.

Sen, Amartya (1985): Commodities and Capabilities, Amsterdam.

Specht, Judith et al. (2013): Wandel im ländlichen Raum. Von Wandlungsprozessen zu neuen Kompetenzbedarfen. Arbeitspapier (Schriften zu den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Land- und Lebensmittelwirtschaft, Bd. 1), Eberswalde.

Statista (2021): Geburtenziffer. Kinder pro Frau in Deutschland nach Bundesländern 2020, unter: https://de.statista.com/statistik/daten/studie/76262/umfrage/geburtenziffer---anzahl-der-kinder-pro-frau-2007-und-2008/.

Statista (2022): Durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst von vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmern* (mit Sonderzahlungen) in Deutschland nach Bundesländern und Geschlecht im Jahr 2020, unter: https://de.statista.com/statistik/daten/studie/209211/umfrage/loehne-und-gehaelter-in-deutschland-nach-bundeslaendern-und-geschlecht-2010/.

Statistikportal (2021a): Statistische Ämter des Bundes und der Länder. Gemeinsames Statistikportal, unter: www.statistikportal.de/de.

Statistikportal (2021b): Geborene und Gestorbene, unter: www.statistikportal.de/de/bevoelkerung/natuerliche-bevoelkerungsbewegung/geborene-und-gestorbene.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2020): Fläche und Bevölkerung nach Ländern, unter: www.statistikportal.de/de/bevoelkerung/flaeche-und-bevoelkerung.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (o. J.): Regionalatlas Deutschland, unter: https://regionalatlas.statistikportal.de/?BL=DE&TCode=AI003-2&ICode=AI0305.

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.) (2015): Mecklenburg-Vorpommern im Spiegel der Statistik, Schwerin.

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.) (2021): Statistisches Jahrbuch Mecklenburg-Vorpommern 2021, Schwerin.

Statistisches Bundesamt (Destatis) (Hrsg.) (2020): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters (Fachserie 1, Reihe 2), 15.4.2020, unter: www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Publikationen/Downloads-Migration/auslaend-bevoelkerung-2010200197004.pdf?__blob=publicationFile.

Statistisches Bundesamt (Destatis) (Hrsg.) (2021): Durchschnittliche fernere Lebenserwartung (Periodensterbetafel) in den Bundesländern für Männer/Frauen, unter: www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Sterbefaelle-Lebenserwartung/Tabellen/lebenserwartung-bundeslaender-maennlich.html; www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Sterbefaelle-Lebenserwartung/Tabellen/lebenserwartung-bundeslaender-weiblich.html.

T

Tourismusverband Mecklenburg-Vorpommern (2018): Daten und Fakten zum Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern 2018, unter: https://dl.tmv.de/ITB2019_Datenblatt_MV-Tourismus.pdf.

W

Weiß, Wolfgang (2006): Zur Entwicklung einer Residualbevölkerung infolge langanhaltender selektiver Abwanderung in Mecklenburg-Vorpommern. Auswirkungen der Bevölkerungsalterung unter besonderer Berücksichtigung regionaler Aspekte, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 3–4/2006, S. 469–506.

Weiß, Wolfgang/Corthier, Jochen (2015): Regional-Demographie der Armut in Mecklenburg-Vorpommern, in: AWO Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e. V. (Hrsg.): Aspekte der Armut in Mecklenburg-Vorpommern. Forschungsbericht im Auftrag der Arbeiterwohlfahrt Mecklenburg-Vorpommern (Vollversion), Schwerin, S. 13–14, 237–298.